

B I L D U N G S C H W E I Z

ZEITSCHRIFT DES LCH

6/2003



Existenzangst im Schulzimmer

- Wie sich Lehrstellenmangel auf den Unterricht auswirkt

Globalisierung der Bildung?

- GATS als Hauptthema der LCH-Delegiertenversammlung

Guten Schultag!

Am 19. Mai, dem Tag nach dem grossen Wegschwemmen der linken Volksbegehren, galten der «Lehrlingsinitiative» in den Zeitungen gerade noch Randnotizen. Das Resultat war deutlich genug. Die Stimmentenden haben zurzeit wenig Vertrauen in staatliche Eingriffe und sie wollen der Wirtschaft jetzt keine zusätzlichen Lasten aufbürden. Die Firmen sollen selber entscheiden, ob sie sich die Aufzucht von Nachwuchs leisten können. Immerhin bringt das neue Berufsbildungsgesetz ab 2004 gewisse Motivationshilfen von vorläufig unbekannter Wirksamkeit: Unternehmen, die sich nicht an den Ausbildungskosten ihrer Branche beteiligen, können zu angemessenen Solidaritätsbeiträgen verpflichtet werden.

Mit den Ergebnissen der nun stimmbürgerlich bestätigten Freiheit zur Ausbildung ist der Staat dann allerdings konfrontiert – zum Beispiel in der Schule, wo sich Existenzangst wie ein Schatten über viele Abschlussklassen legt (Seite 13). Der Eintritt in die Berufswelt oder zumindest das Finden einer Zwischenlösung steht plötzlich uneingeschränkt im Vordergrund des Unterrichts. Was der Lehrplan sonst noch wünschen mag, ist Nebensache. Lehrerinnen und Lehrer betätigen sich über ihre üblichen Pflichten hinaus als Krisenmanager und Mentaltrainer. Solche Herausforderungen werden nicht ungerne angenommen. Denn wo es gelingt, Jugendlichen zu einem befriedigenden Startplatz zu verhelfen, ist die persönliche Befriedigung mit Recht gross. Was aber, wenn das allen Anstrengungen zum Trotz zunehmend nicht mehr gelingt? Was, wenn der Kampf um die knappen Ausbildungsplätze immer tiefer in den Schulalltag eingreift – selbstverständlich zu Bedingungen, welche die ausbildenden Betriebe vorgeben? Das kann ungemütlich werden.

Volksinitiativen entstehen oft aus der Betroffenheit von Minderheiten und müssen bei der Mehrheit ankommen. Unverschämte verlangen sie genau das, was Regierungen und Parlamente aus guten oder schlechten Gründen nicht zustande bringen. Deshalb haben sie es auch bei berechtigten Anliegen enorm schwer. Im Wissen um diese Spielregeln hat der Verband der Solothurner Lehrerinnen und Lehrer (LSO) – mit Unterstützung des LCH – gleich vier kantonale Bildungsinitiativen lanciert (Seite 19). Am 29. Juni entscheidet das Volk über zwei davon. Und es gibt keine Regel ohne Ausnahme.

Heinz Weber

Inhalt

Aktuell

- 4 Task-Force Lehrberufsstand zieht Zwischenbilanz
- 4 Blockzeiten bewähren sich
- 6 LCH-Delegiertenversammlung: GATS – gegen die globale Vermarktung der Bildung
- 13 Lehrstellenmangel – Existenzangst im Klassenzimmer

Reportage

- 32 PISA in der zweiten Runde: Alle erwarten ein gutes Resultat

Aus dem LCH

- 16 Feminisierung des Lehrberufs: «Das geht auch den Verband etwas an»
- 17 Zum 60. Geburtstag von LCH-Zentralsekretär Urs Schildknecht
- 19 Bildung vors Volk: Solothurner Initiativen
- 34 Zürcher Lehrerschaft zum Frühenglisch: So nicht

Magazin

- 23 LCH-Dienstleistungen
- 27 Termine, Hinweise, Kurse
- 29 Schule und Familie: Wohin verschoben sich die Grenzen?

LCH-Meinung

- 25 Bildungsgesetz Baselland: Elchtest am Personal

Bildungsnetz

- 31 Unterrichtshilfen zum Thema «Globalisierung»

Bildungsforum

- 37 Leserbrief, Impressum

Rufnummer

- 39 Als ich meinen guten Ruf verlor

Titelbild: Angst, keine Lehrstelle zu finden, auch hier im Schulhaus Mariahilf in Luzern
Foto: Delf Bucher

Kanton Basel-Stadt Mehr Sprachen

Ein Gesamtsprachenkonzept soll «als Grundlage für eine umfassende Neugestaltung des Sprachunterrichts an allen Schulen von Basel-Stadt» dienen. Am 15. Mai wurde es vom Erziehungsdepartement des Stadtkantons vorgestellt.

Wegen des hohen Anteils von über 50 Prozent fremdsprachiger Kinder komme der Förderung der «Landessprache Standarddeutsch» besondere Bedeutung zu, schreibt das Departement. Dies sei jedoch nur möglich, wenn die Kinder auch in ihrer Herkunftssprache gefestigt würden. Deshalb sollen die Migrationssprachen in die Stundentafeln integriert werden.

Der Sprachenunterricht in Basel-Stadt wird in Zukunft früher einsetzen als heute. Französisch soll bereits in der Primarschule, englisch ab der ersten Klasse der Orientierungsschule unterrichtet werden. Für die Erweiterung des Sprachunterrichts wird mit zusätzlichen Kosten von mehreren Millionen Franken pro Jahr gerechnet. B.S.

Kanton Zürich Schweres Erbe

Regine Aeppli (SP), Nachfolgerin von Ernst Buschor (CVP) an der Spitze der Bildungsdirektion des Kantons Zürich, tritt kein erfreuliches Erbe an: Sie muss ein regierungsrätliches Sparpaket vertreten, das den Bildungsbereich hart trifft – unter anderem mit grösseren Klassenbeständen, Stellenabbau, Streichung von Lektionen sowie Kürzungen bei Stufenanstieg und Teuerungsausgleich für Lehrpersonen. Die organisierte Lehrerschaft hat Widerstand angemeldet. Für den 20. Juni ist ein Protesttag geplant, an dem möglichst viele Schulen den Betrieb einstellen sollen. hw.

Neues Lehrerbild im Visier

Die EDK-Task Force «Lehrberufsstand» will eine landesweite Diskussion in Gang setzen, aus der ein neues Berufsleitbild resultieren soll.

Beobachtet der Knabe mit dem Fernglas wohl eine trittsichere Gämse auf einem Felsvorsprung oder hat er gar einen sich in die Lüfte schwingenden Adler im Visier? Das Bild in der Präsentation von EDK-Generalsekretär Hans Ambühl symbolisierte auf jeden Fall die Aufforderung der Task Force, den Fokus auf das neue «Leitbild Lehrberuf» zu richten, und soll zu einer breiten Diskussion darüber anregen.

Die von der Erziehungsdirektorenkonferenz eingesetzte Task Force «Lehrberufsstand» hat diese Diskussion am 20. Mai mit einer Info-Veranstaltung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg lanciert. Grundlage bildete ein Thesenpapier, welches von einem Autorenteam in Zusammenarbeit mit Marie-Claire Tabin, Präsidentin des Syndicats des Enseignants Romands (SER), und Beat W. Zemp, Präsident des Dachverbands Schweizerischer Lehrerinnen und Lehrer (LCH), entworfen worden war.

Kantone in der Pflicht

Während eines ganzen Jahres soll nun in den Kantonen über ein modernes, zukunftsgerichtetes Leitbild für den Lehrberuf diskutiert und das Berufsbild den veränderten gesellschaftlichen Ansprüchen angepasst werden. Hans Ambühl nannte die Ziele: «Weg vom Sackgassen-

image» – «weg vom Einzelkämpfertum» – «weg vom Allrounder».

Als neu und «höchst erfreulich» bezeichnete LCH-Präsident Beat Zemp die Absicht der Politiker, zur Erarbeitung eines «behördlichen Leitbildes, das mehr Verbindlichkeit und Koordination unter den Kantonen garantieren könnte».

Im Sinne von «die Botschaft hör ich wohl...» machte er aber auch unmissverständlich klar, dass «Taten folgen müssen» bezüglich Arbeitsbedingungen und Ausstattung der künftigen Schule (z.B. Abbau der hohen Pflichtstundenzahl, grössere Entlastung für Schulleitungen...).

Akteure der sozialen Integration

Zur Diskussion der Thesen wurden im zweiten Teil der Präsentation die Autoren Michel Nicolet und Beat Bucher mit einbezogen. Im Vordergrund standen dabei die Thesen 2 und 7 (die Lehrperson als Akteurin der sozialen Integration und als Dienstleisterin und Teamworkerin) und die These 8 (die Bereitstellung der nötigen Rahmenbedingungen durch Politiker und Gesellschaft).

Dies führte unwillkürlich zur Frage nach der Definition des zukünftigen «Kerngeschäfts der Lehrpersonen». Bucher wollte dabei die

künftige Schule als «soziales Zentrum innerhalb eines Teams unter pädagogischer Führung» sehen. Marie Claire Tabin sprach von einem «Mouvement perpétuel». Michel Nicolet unterstrich die Herausforderung, die Balance zu halten zwischen Veränderung und Beharren auf traditionellen Werten.

«Brücken bauen zwischen den verschiedenen Partnern» war das Anliegen von Beat Zemp, der im Weiteren auf die verständliche Angst der Lehrpersonen, noch mehr aufgebürdet zu bekommen, aufmerksam machte. Der LCH stelle sich voll hinter das neue Leitbild und wolle dafür auch Verantwortung übernehmen. «Wir müssen den Schritt wagen, aber mit verlässlicher Anbindung an These 8, welche die nötigen finanziellen Mittel fordert.»

Gemeinden, Institutionen, Verbände, Elternorganisationen sollen nun während eines Jahres die erarbeiteten Grundlagen diskutieren. Sie sollen einfließen in die Jugend-, Sozial- und Finanzpolitik und in der Presse und in Fachzeitschriften thematisiert werden.

Kleingeister abwehren

Die Diskussion soll bis März 2004 geführt und die Beiträge dann durch die Task Force überarbeitet werden. Beat Bucher wünschte den Beteiligten dazu «Kraft und Mut, die Kleingeister abzuwehren». Oder mit Blick durch das Fernglas des Knaben: die Trittsicherheit der Gämsen im felsigen Gelände und den Auftrieb unter den Flügeln des sich in die Lüfte schwingenden Adlers.

Doris Fischer

Im Sinne von «die Botschaft hör ich wohl...» machte Beat W. Zemp unmissverständlich klar, dass «Taten folgen müssen» bezüglich Arbeitsbedingungen und Ausstattung der künftigen Schule.

Keine Globalisierung und Vermarktung der Bildung durch GATS!

An der LCH-Delegiertenversammlung 2003 vom 14. Juni in Biel steht das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) im Zentrum. Die Auswirkungen auf das Schweizer Bildungssystem sind auch unter Fachleuten sehr umstritten. Der Zentralpräsident analysiert Vor- und Nachteile des Vertragswerks und erläutert den Resolutionsentwurf, über den die DV befinden wird.



Beat W. Zemp,
Zentralpräsident LCH

Das GATS möchte den weltweiten Handel mit Dienstleistungen durch eine fortschreitende Liberalisierung fördern und Handelsschranken abbauen. Während für den Warenhandel bereits seit 1947 ein allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) existiert, ist dies im Bereich der Dienstleistungen erst mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization) und dem Abschluss der Uruguay-Runde 1995 gelungen.

Der internationale Handel mit Dienstleistungen ist eine äusserst komplexe Angelegenheit, die wichtige Fragen der Freizügigkeit des Personenverkehrs, der geschäftlichen Niederlassung im Ausland und des internationalen Zahlungsverkehrs umfasst. Daher unterscheidet das GATS nicht nur zwölf unterschiedliche Dienstleistungs-Sektoren (nach Branchen), sondern auch vier Arten der Dienstleistungs-Erbringung (unter anderem auch grenzüberschreitend via Internet, vgl. Kasten). Auch alle privat und öffentlich erbrachten Bildungsdienstleistungen fallen grundsätzlich unter diese Kategorisierung.

Von 144 WTO-Staaten sind bisher nur 44 Länder Verpflichtungen im Bildungsbereich eingegangen und nur 21 im Bereich der höheren Bildung, wovon sechs Länder diese vollständig für die Erbringungsmodi 1 bis 3 den GATS-Regeln über freien Marktzutritt unterstellt haben: Australien, Kongo, Lesotho, Neuseeland, Slowenien und die Schweiz.

Argumente der Befürworter

Umso mehr erstaunt es, dass in der Schweiz bisher im Bundesparlament keine echte politische Auseinandersetzung mit diesem Vertragswerk stattfand. Anders in Deutschland: Am 16. Januar 2003 wurde im deutschen Bundesparlament erstmals eine politische Debatte über die Vor- und Nachteile des GATS und dessen Auswirkungen auf das öffentliche Bildungswesen abgehalten. Die darin geäusserten Argumente pro und contra sind sehr aufschlussreich und auch für die Schweiz von Bedeutung: Die Befürworter des GATS machen geltend, es gehe um die Förderung des Freihandels und nicht um Deregulierung von öffentlichen Dienstleistungen. GATS sei für die industrialisierten Länder von entscheidender Bedeutung, da der Dienstleistungssektor am meisten Arbeitsplätze hat. Auch der Handel mit Bildungsdienstleistungen könne ein bedeutsamer volkswirtschaftlicher Faktor werden: Die USA würden pro Jahr 12 bis 18 Milliarden Dollar auf dem internationalen Bildungsmarkt erwirtschaften; das sei mehr als die ganze amerikanische Filmindustrie.

GATS führe zudem zu mehr Wettbewerb zwischen den Bildungsanbietern und damit zu mehr Leistungsorientierung und zu einer notwendigen Qualitätssteigerung. Das Bildungswesen dürfe kein abgeschotteter Markt werden mit «Artenschutz» und «Bestandesgarantie». GATS-Gegner hätten nur Angst vor der besseren privaten Konkurrenz. Die Aufsicht über das Bildungswesen bleibe beim Staat, auch wenn private ausländische Bildungsangebote zugelassen würden. GATS eröffne endlich die Möglich-

Wichtige WTO-Vertragswerke

- 1) GATT = Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen von 1947
(General Agreement on Taxes and Trade)
- 2) GATS = Allgemeines Dienstleistungsabkommen von 1994
(General Agreement on Trade in Services)
- 3) TRIPS = Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum

keit, wieder wettbewerbsfähig zu werden. Daher brauche es in Deutschland auch die Zulassung von ausländischen Hochschulen im Wettbewerb um staatliche Fördermittel und die Möglichkeit dieser Hochschulen, ihre Studenten selber auszusuchen. Es müssten auch die Chancen von GATS gesehen werden, schliesslich gebe es ja schon erfolgreiche Beispiele von deutschen Universitäten im Ausland. Der Globalisierung könne sich zudem auf Dauer niemand entziehen.

Argumente der Gegner

Fast alle Bildungsexperten in Deutschland äussern die Sorge, dass GATS im Ergebnis zu einer Kommerzialisierung des Bildungssektors und zu einer Erosion der öffentlichen Bildung führe. Der Staat beschränke sich auf die Setzung von Qualitätsnormen und überlasse das Feld zunehmend privaten Bildungsdienstleistungserbringern, die nur kommerzielle Ziele verfolgten.

Öffentlich verantwortete Bildung sei aber kein gewöhnliches Handelsgut; es gehe zum Beispiel um Chancengleichheit beim Zugang zur Bildung. In den USA seien die Kosten für eine gute College- und Uniausbildung seit 1980 dramatisch gestiegen. Länder mit einem grossen privaten Bildungsangebot hätten dafür einen qualitativ schlechten öffentlichen Bildungssektor.

Das Ziel der WTO sei klar: GATS solle durch fortschreitende Liberalisierungsrunden schliesslich auch das Bildungswesen privatisieren. Die Gegner des GATS wollen nicht, dass «ein US-amerikanischer Testing-Service über ein Kontingent an Studienplätzen in Deutsch-

land verfügen kann oder dass ein australischer Bildungskonzern in Deutschland ein Privatgymnasium mit unseren Steuermitteln betreibt, das mit ausländischem Lehrmaterial und Lehrern arbeitet und zu einer Studienberechtigung an deutschen Universitäten führt». Die Gegner des GATS argumentieren, dass es keinen Sinn mache, den globalen Handel mit völlig unterschiedlichen Dienstleistungen durch ein und dasselbe Vertragswerk über reine Marktmechanismen regeln zu wollen. Vor allem aber verbaue man künftigen Generationen die Möglichkeit, eine einmal geöffnete Dienstleistung wieder an den Staat zurück zu delegieren, weil GATS eine solche Umkehrung nicht zulasse.

Gutachten stützt Besorgnis des LCH

Der LCH ist daher sehr besorgt über die längerfristigen Auswirkungen des GATS auf das Bildungswesen in der Schweiz.

Nach übereinstimmender Rechtsauffassung finden die Bestimmungen des GATS nicht nur auf Bundesebene Anwendung, sondern auch auf Kantone und Gemeinden, soweit diese den Zugang zu den Bildungsmärkten und die Ausübung der Dienstleistungsaktivitäten durch Privatpersonen reglementieren. GATS betrifft somit das gesamte Bildungswesen in der Schweiz von den Volksschulen, den berufs- und allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II bis zur Tertiärstufe und zur Erwachsenenbildung.

Es bestehen erhebliche juristische und politische Ungewissheiten darüber,

- ob die 1995 eingegangenen GATS-Verpflichtungen der Schweiz in Zukunft negative Auswirkungen auf das schweizerische Bildungswesen als «service public» haben werden und ob diese Verpflichtungen rückgängig gemacht werden können;

Erbringungs-«Modi» von Bildungsdienstleistungen

Modus 1) Grenzüberschreitende Erbringung: z.B. E-Learning übers Internet an virtuellen Hochschulen im Ausland

Modus 2) Nutzung im Ausland: z.B. Kurse für Studierende aus dem Ausland in der Schweiz

Modus 3) Kommerzielle Präsenz: z.B. eine Sprachschule von Berlitz in der Schweiz

Modus 4) Präsenz natürlicher Personen: z.B. «Native Speakers» als Sprachlehrer an Schweizer Schulen

- ob die staatlichen Bildungsdienstleistungen unter den Schutz von Art. 1, Absatz 3, Buchstabe b («in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbrachte Dienstleistungen») fallen;
- ob das System der öffentlichen Subventionen im Bildungssektor durch die GATS-Regeln in Frage gestellt wird und was im juristischen Konfliktfall passieren könnte.

Gemäss EDK-Gutachter Prof. Mathias Krafft hat «die Schweiz darauf verzichtet, in Bezug auf die horizontalen Verpflichtungen Beschränkungen oder Vorbehalte für die Gewährung von Subventionen im Bildungsbereich zu formulieren. Angesichts dessen muss sie sich (...) des «Risikos» bewusst sein, dass die einschlägigen kantonalen und eidgenössischen Gesetze als «Handelshemmnisse» aufgefasst werden könnten, die den Bestimmungen des GATS widersprechen». Und weiter: «Berücksichtigt man die Komplexität und die Ungewissheiten in Bezug auf die Tragweite der Ausschlussklausel von Artikel 1 (...), dann überrascht die Besorgnis der Kantone nicht. Die Sorge, die (...) in der Einführungsrede zu der Jahresversammlung der EDK am 7. und 8. November 2002 in Genf von B. Zemp zum Ausdruck gebracht wurde, ist durchaus berechtigt» (vgl. Neujahrsbotschaft in BILDUNG SCHWEIZ 1/2003).

Forderungen an das Seco

Diese unerfreuliche Situation ist vor allem die Folge schwerwiegender Versäumnisse der zuständigen Verhandlungsdelegation im für die Schweiz federführenden Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco): Das Seco hat offenbar das Bedrohungspotenzial für das öffentliche Bildungswesen in der Schweiz nicht erkannt oder will es immer noch nicht wahrnehmen. Weder die direkt betroffenen Bildungsbehörden (EDK und kantonale Bildungsdepartemente, Bundesämter BBW und BBT) noch die Berufsverbände LCH und SER sind in den GATS-Prozess einbezogen worden. Auch die breite Öffentlichkeit hat keine Ahnung, was hinter den Kulissen gelaufen ist. Der LCH will daher mit seiner DV-Resolution auch eine längst fällige öffentliche Diskussion über GATS lancieren und hat in Bezug auf die laufenden Verhandlungen der Doha-Runde klar formulierte Forderungen an das Seco aufgestellt (siehe Kasten).

Die Forderungen des LCH zu GATS

Konkret stellt der LCH folgende Forderungen an das Seco im Hinblick auf die laufenden GATS-Verhandlungen:

1. Keine weiteren Verpflichtungen (commitments) mehr durch die Schweiz im Sektor 5 der Bildungsdienstleistungen eingehen und keine solchen Forderungen (requests) an andere Länder stellen.
2. Klärung des Begriffs der «in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbrachten Dienstleistungen» durch eine multilaterale «Interpretationserklärung», die das öffentliche Bildungswesen als Teil des service public ausdrücklich mit einbezieht.
3. Ausdrückliche Erklärung abgeben, dass die bis zum 1.1.2000 bereits eingegangenen Verpflichtungen der Schweiz im Sektor 5 sich ausschliesslich auf private Bildungsdienstleistungen beziehen und das öffentliche Bildungswesen nicht betreffen.
4. Präzisierung der Auslegung der bereits eingegangenen «horizontalen Verpflichtungen» durch die Schweiz analog zur EU, welche diese Möglichkeit genutzt hat, um ihre Auslegung der öffentlichen Aufgaben im Sinne eines service public in der Liste mit den länderspezifischen Verpflichtungen festzuschreiben.
5. Sicherstellen, dass die öffentliche Finanzierung von staatlichen Bildungseinrichtungen nicht als wettbewerbsverzerrende Subvention bewertet werden kann und aufgrund des GATS-Regelwerks daraus keine Rechtsansprüche für ausländische private Betreiber an den Staat abgeleitet werden können.
6. Regelmässig und umfassend über den Fortgang der GATS-Verhandlungen öffentlich informieren und garantieren, dass die EDK und die kantonalen Departemente, die Berufsverbände (LCH, SER), die Bundesämter und die parlamentarischen Bildungskommissionen in den Verhandlungsprozess einbezogen werden, sobald der Bildungsbereich betroffen ist.

Kernstück ist dabei die von Prof. Krafft favorisierte Idee einer multilateralen Interpretationserklärung durch mehrere WTO-Staaten, die Bildung ebenfalls als öffentliches Gut hochhalten und unter die Schutzklausel von Art. 1 stellen wollen. Diese gemeinsame Stellungnahme zur Bildung als «service public» wäre dann vom WTO-Rat für den Dienstleistungsverkehr ausdrücklich zu bestätigen. Für einmal sind sich Lehrerorganisationen, Bildungsbehörden und Parlamente einig: Bildung ist kein global handelbares Gut, das den Marktmechanismen des GATS überlassen werden darf!

Weiter im Netz

www.eblida.org/topics/wto/Bri-xen%20Declaration-D.pdf – Erklärung zur Kulturellen Vielfalt und GATS der Europäischen Regionalminister für Kultur und Bildung, Brixen, 18.10.2002

Fortsetzung Seite 10

LCH-Delegiertenversammlung in Biel

Die Delegiertenversammlung des LCH 2003 vom Samstag, 14. Juni, im Kongresshaus in Biel wird um 9.15 Uhr durch Zentralpräsident Beat W. Zemp eröffnet. Zum Schwerpunktthema «Globalisierung der Bildung durch GATS» referieren: Dr. Christoph Scherrer, Leiter des Instituts für Globalisierung und Politik der Universität Kassel, sowie Botschafter Luzius Wasescha, GATS-Verhandlungsleiter im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Es folgen verschiedene Stellungnahmen zum Thema GATS sowie die Diskussion über den auf dieser Seite abgedruckten Resolutionstext. Die Resolution wird anschliessend (voraussichtlich) von den LCH-Delegierten verabschiedet. Dieser thematische Teil der LCH-Delegiertenversammlung ist öffentlich. Am Nachmittag werden die ordentlichen Verbandsgeschäfte behandelt.

Das Geheimnis des GATS – ein wahres Märchen

Versuch zu erklären, was schwer erklärbar, aber nicht ganz unerklärlich ist.

Es gab einmal einen Zusammenschluss von 15 Industrieländern, deren Politiker eigenständig denkende Personen waren, die sich für das Wohl der Bürger zuständig fühlten. Nun begab es sich zur selben Zeit, dass auf der anderen Seite eines Ozeans ein Land existierte, das viel grösser und mächtiger war als diese Länder, und deshalb alles besser wusste.

Britta Coy

Eines Tages sagte sich das Riesenland, dass es gut wäre, wenn Dienstleistungen, und vor allem der Handel damit, nicht mehr nationalen Regeln unterworfen wären, also zum Beispiel Regierungen ihr Bildungs-, Forschungs- oder Gesundheitssystem nicht mehr eigenständig gestalten könnten. Der Riese wollte seinen eigenen Dienstleistungsfirmen den Eintritt in alle Länder ermöglichen, womit er sagenhaft viel Geld zu machen hoffte!

Der Riese hatte bereits von den 15 Ländern gehört und wollte sie als Verbündete gewinnen, damit diese seine Idee unterstützten. Er wusste aber auch, dass diese Länder Angst hatten, zu sehr von seiner Kultur und seinen Ideen beeinflusst zu werden. Was daran schlecht sein sollte, verstand er nicht, aber es war ihm auch egal.

Zufälligerweise hörte er aber, dass es dort auch einen Riesen gab, der für die 15 Länder denken und handeln durfte. Dieser hörte auf den Namen Europäische Kommission – wohl eine Riesin, meinte der Übersee-Riese, und wie es ihm schien von zweifelhafter Legitimation. Vom Volk gewählt war sie jedenfalls nicht, weshalb sie sich diesem gegenüber auch nicht verantwortlich fühlte. Sie handelte oft lieber zum Wohle von wenigen einflussreichen Leuten als zum Wohle aller.

Als der Riese vernahm, dass die Riesin eigenmächtig zu Aussenhandelsfragen verhandeln durfte, wusste er, dass er seine bessere Hälfte gefunden hatte und umwarb sie mit seinem draufgängerischen Charme. Die Riesin zierte sich

nicht lange und gemeinsam unterschoben sie der Welthandelsorganisation WTO die Liberalisierung des Dienstleistungssektors unter dem Namen GATS. Da die europäische Riesin jedoch gegenüber dem Riesen aus Übersee nicht zugeben wollte, dass sie nicht in allen Belangen den Durchblick hatte, holte sie sich eine grosse Anzahl von Beratern aus 85 transnationalen privaten Dienstleistungsanbietern an ihre Seite und gab ihnen den Namen ESF (European Services Forum). Meist übernahm die Riesin deren Anweisungen naiv und ohne sie zu hinterfragen und scherte sich nicht gross um die Auswirkungen auf den eigenen öffentlichen Dienstleistungssektor.

So fand sie zum Beispiel grossartig, dass Subventionen für öffentliche Zwecke (zum Beispiel im Bildungswesen) genauso ausländischen privaten Unternehmen zu Verfügung stehen müssen wie den einheimischen Institutionen. Auch die Forderung, dass nationale Anliegen wie etwa Verbraucherschutz und Beschäftigungspolitik, die ihr schon lange ein Dorn im Auge gewesen waren, nicht allzu einschränkend wirken sollten, unterstützte sie. Das alles wollte die Riesin möglichst vor den Bürgerinnen und Bürgern geheim halten.

Aber trotz aller Vorsicht waren Informationen über GATS nach draussen gedrungen und einige Bürgerinnen und Bürger begannen zu murren. Die unliebsamen Stimmen behaupteten, GATS sei die grösste Bedrohung der Demokratie und ein Rückschritt in die Zeit vor der Französischen Revolution. Um sie zum Schweigen zu bringen, entschied sich die Riesin, alle Informatio-

nen möglichst spät oder unvollständig herauszugeben. Erzürnt durch soviel Feindseligkeit fing das Volk an, nach Möglichkeiten zu suchen, um die Beschneidung der Bürgerrechte zu stoppen, denn es war überzeugt: Der Profit einiger weniger durfte nicht über das Wohl aller gestellt werden.

Nach genauer Analyse der Verträge stellten die Kritiker fest, dass Entscheidungen in sensiblen Bereichen wie beispielsweise in Bildung und Gesundheit von den 15 Staaten mitratifiziert werden mussten, um Gültigkeit zu haben. Aber die Zeit eilte; es galt vorerst die Politiker, die zum Teil wenig über GATS wussten oder falsch informiert waren, aufzuklären. Die GATS-Verhandlungen sollten Anfang 2005 beendet, die Angebote der Länder zur Öffnung ihrer Dienstleistungssektoren sogar schon Ende März 2003 eingereicht sein. Der übliche Weg, die Leute durch die Presse über GATS zu informieren, scheiterte, da die Presse nur das druckte, was ihr keine Schwierigkeiten bereitete. Stattdessen wurden Newsletters verschickt, Infokampagnen und Aktionen vor Rathäusern und auf öffentlichen Plätzen durchgeführt...

Noch weiss niemand, wie das Märchen endet, und auch nicht, ob und für wen es ein Happy End gibt.

Die Autorin

Britta Coy ist Koordinatorin eines europäischen Fair Trade-Netzwerk (NEWS! – Network of European Worldshops). Ausserdem ist sie als selbständige Beraterin in Umwelt- und Entwicklungsfragen für die Europäische Union (EU) tätig.

Als der Riese vernahm, dass die Riesin eigenmächtig zu Aussenhandelsfragen verhandeln durfte, wusste er, dass er seine bessere Hälfte gefunden hatte, und umwarb sie mit seinem draufgängerischen Charme. Die Riesin zierte sich nicht lange und gemeinsam unterschoben sie der Welthandelsorganisation WTO die Liberalisierung des Dienstleistungssektors unter dem Namen GATS.



Existenzangst geht im Klassenzimmer um

In Zürich, Bern und Basel spitzt sich die Lehrstellenknappheit dramatisch zu. Aber auch in der Zentralschweiz stehen Schulabgänger, die keinen Schweizer Pass oder keine Traumnoten vorweisen können, vor Problemen. Ein Erfahrungsbericht aus dem Schulhaus Mariahilf in Luzern.



Fotos: Delf Bucher

Geraldine Rossi ist für Radivoje Gvozdenovic nicht nur Klassenlehrerin, sondern auch Job-Coach.

Klassenzimmer der 3. Real in der Mariahilfsschule in Luzern: Unübersehbar kündigt die Lehrstellen-Werbung am Pin-Board vom Sprung in die Berufswelt. Aber inmitten der bunten Plakate von Coop und Migros, Bahn und Post ist die alarmierende Nachricht der lokalen Zeitung platziert: «Situation bei Lehrstellen spitzt sich zu.»

Delf Bucher

Dem Leiter im Amt für Berufsbildung in Luzern, Josef Widmer, will das Wort vom Lehrstellen-Mangel dennoch nicht über die Lippen kommen: «Die Lage ist gespannt, aber nicht dramatisch.» Nur seien Angebot und Nachfrage auf manchem Posten nicht ganz im Lot. Immer noch rangierten KV- und Infor-

«Wenn's auch nicht im Pflichtenheft der Lehrer steht: Uns braucht es, um die oft mutlosen Schüler nach Absagen zu motivieren.»

Jürg Huber, Schulleiter

matik-Lehren bei den Berufseinsteigern ganz oben. «Bei den klassisch-gewerblichen Lehren hingegen werden wir im August feststellen: Hier sind Lehrstellen überzählig», gibt sich Widmer optimistisch. Eines muss er indes einräumen: Schulabgängerinnen und -abgänger mit schlechtem Notenschnitt sowie ausländische Jugendliche haben es bei der aktuellen Konjunkturlage nicht leicht, eine Stifft zu finden. Das ist die Gruppe von 6,8 Prozent, die bereits im vergan-

genen Jahr 2002 bei der Lehrstellensuche im Kanton leer ausgingen. Radivoje Gvozdenovic hat Angst, dass er sich in das wachsende Heer von Schulabgängern ohne Lehrstelle einreihen muss. Auf seine 50 Bewerbungen – telefonisch und schriftlich – hagelte es bisher nur Absagen. Viele Betriebe haben nicht einmal ein standardisiertes Schreiben zurückgeschickt. Der 16-Jährige träumt davon, einmal als Multimedia-Assistent zu arbeiten. Aber

«Man muss die Schüler immer wieder ermuntern, auch nach der dreissigsten Absage dranzubleiben und nicht aufzugeben. Die Ungewissheit und die Existenzängste der Schüler verändern das Klima im Klassenzimmer stark. Vor allem die Jungs sind schneller auf hundert oben.»

Geraldine Rossi, Reallehrerin

er hat den Rat des Berufsberaters angenommen und sich breiter orientiert. «Ich habe mich für eine Lehrstelle als Logistik-Assistent, als Koch und als Service-Fachangestellter beworben.» Nun will er es noch als Töff-Mechaniker versuchen, was seine Mutter anfangs abgelehnt hat.

Das Problem mit der Endsilbe «ic»

Radivoje Gvozdenovic ist einer der vierzehn Realschüler in der Klasse von Geraldine Rossi. Die Klassenlehrerin berichtet, dass bisher nur vier aus ihrer Klasse eine Lehrstelle gefunden haben und vier weitere Schüler auf weiterführende Schulen gehen. Sechs stehen noch ohne Perspektiven da.

Für die junge Lehrerin, die erstmals eine Klasse zum Schulabschluss führt, ist dies eine besondere Herausforderung. «Man muss die Schüler immer wieder ermuntern, auch nach der dreissigsten Absage dranzubleiben und nicht aufzugeben», sagt sie und ergänzt: «Die Ungewissheit und die Existenzängste der Schüler verändern das Klima im Klassenzimmer stark. Vor allem die Jungs sind schneller auf hundert oben.»

Was die Klassenlehrerin auch beschäftigt: die wachsenden Spannungen zwischen Schweizern und ausländischen Kindern. «Unter den Schülern wird viel darüber diskutiert und manchmal gestritten, dass die Türen zu den Lehrbetrieben nur den Schweizern offen stehen.»

Radivoje Gvozdenovics Kusine, die im gleichen Schulhaus die Sekundarstufe besucht, kann davon ein Lied singen. Eine KV-Lehre strebt sie an und für den Hindernislauf um die raren Stellen, ist sie bestens gerüstet. Gepflegtes Aussehen, gutes Schulzeugnis und perfekte Beherrschung von Deutsch und Schweizer Dialekt bieten ideale Voraussetzungen. Wenn ihr Nachname nicht auf die Silbe «ic» enden würde. Doch auch nach 50 Bewerbungen wurde Dragana Gvozdenovic noch zu keinem einzigen Vorstellungsgespräch geladen.

«Für mich ist ganz klar, dass mir meine nationale Herkunft zum Verhängnis wird», sagt die wortgewandte junge Frau und kann dazu eine triste Anekdote hinzufügen. Einmal wurde ihr telefonisch versichert, dass die Stelle leider schon besetzt sei. Sie bat einen Schweizer Kollegen wenige Stunden später in dem Betrieb anzurufen. Die KV-Stelle war immer noch zu haben.

Flexibilität statt Traumberuf

Geschichten wie diese kennt Berufsberater Franz-Josef Bossart zur Genüge. Der ehemalige Lehrer, der vor 30 Jahren zum Berufsberater umgesattelt hat, stellt dabei eines heraus: «Bis 1995 haben die Abgänger von Mariahilf alle eine Lehre oder einen Platz an einer weiterführenden Schule gehabt. Erst mit dem Balkankrieg sind die Vorurteile gewachsen und plötzlich standen viele Jugendliche aus dem ehemaligen Jugoslawien ohne Lehrstelle da.»

Für Dragana Gvozdenovic will er nun versuchen, bei der Suche nach Alternativen zu helfen. Bei der Sek-Schülerin mit einem Notenschnitt um 5 sei der Berufswunsch, eine KV-Lehre zu beginnen, begründet. Anders ist es bei Jugendlichen mit ungenügenden Deutschkenntnissen und schlechten Noten. Hier klaffen Traumberuf mit den realistischen Berufsaussichten weit auseinander. «Wichtig ist, überhaupt eine Lehre zu machen», ermuntert Bossart die Schüler zum Wechsel der Berufsperspektiven.

Statistisch weist er den Schulabsolventinnen und -abgängern nach, dass bereits nach fünf Jahren nur noch ein Viertel im angestammten Beruf arbeitet. Schon lange verläuft die Berufslaufbahn nicht mehr so gradlinig wie noch vor 20 Jahren. «Aber eines ist klar: Beim qualifizierten Ausgebildeten liegt das Risiko arbeitslos zu werden, wesentlich niedriger als bei den Unqualifizierten», schärft er den Schülern nicht nur in der Luzerner Mariahilf-Schule ein.

Verstärkt Eltern einbeziehen

Veton Tairi hat die Botschaft akzeptiert und vom Traumjob Polymechaniker umgesattelt auf Kunststoff-Technologe. Glück für ihn: Aus der Schnupperlehre brachte er den Stiffti-Vertrag nach Hause. Was auch zeigt: Mit dem persönlichen Kennenlernen beim Schnuppern können die Klischees gegenüber ausländischen Jugendlichen überwunden werden. Das sieht auch Schulleiter Jürg Huber so, der seine Schüler zum häufigen Schnuppern in ganz verschiedenen Berufsfeldern ermuntert.

Der Forderung nach Flexibilität schenken drei Schülerinnen indes kein Gehör. Sie haben sich darauf verschworen, den Beruf Arztgehilfin zu erlernen. Trotz Absageflut und mahnenden Worten vom Klassenlehrer und vom Berufsberater bleiben sie bis jetzt dabei. Beim Wörtchen «Arztgehilfin» wird Schulleiter Huber gleich vom Berufsberater Bossart korrigiert: «Medizinische Praxisassistentin heisst das heute.»

Über die Halbwertszeit der Berufsbilder ist Huber schon lange nicht mehr erstaunt: «Als ich vor fünf Jahren zum letzten Mal eine Abschlussklasse unterrichtete, gab es weder den Mediamatiker noch den Multimedia-Assistenten.» Deshalb ist er über die Kooperation mit der Berufsberatung recht froh. Ein kantonal verbindlicher Berufswahl-Fahrplan bringt nun Schule und Beratung noch näher. Auf eines wird besonders Wert gelegt. Die Eltern sollen verstärkt in den Berufsfindungsprozess einbezogen werden. Jedoch glaubt Huber, dass gerade bei den ausländischen Kindern weiterhin die Lehrer als Coach bei der Berufswahl gefordert sind: «Wenn's auch nicht im Pflichtenheft der Lehrer steht: Uns braucht es, um die oft mutlosen Schüler nach Absagen zu motivieren.»



Abrechnung der Einnahmen des Pausenkiosks: Drita Rugova (rechts) übt sich schon in ihrem zukünftigen Lehrberuf als Verkäuferin.

Ohne Lehre vor der Leere?

bu. Die aktuellen Zahlen alarmieren: Starke Jahrgänge drängen aus den Klassen und das Angebot der Lehrstellen schrumpft aus konjunkturellen Gründen in diesem Jahr. 1000 Stellen fehlen alleine in Zürich; gesamtschweizerisch wird bereits die Zahl von 10 000 fehlenden Ausbildungsplätzen für das Jahr 2003 genannt.

Schon vor fünf Jahren hat die Berufsberatung Luzern «SchulabgängerInnen ohne Stellen» (SOS) ins Leben gerufen. Automatisch melden alle Schulen im Kanton ihre Abgänger, die ohne Lehre oder Zulassung zum 10. Schuljahr vor der Leere stehen. Das SOS bündelt verschiedene Überbrückungsangebote, die alle das Ziel haben, den Absolventen eine Anlehre oder einen Ausbildungsplatz zu ermöglichen. In dem Programm versuchen die Coaches, die Jugendlichen von der Schiene abzubringen, den Lehrberuf mit dem Traumjob gleichzusetzen.

Erfolgsquote über 80 Prozent

Mit der geforderten Mehrfachstrategie bei der Berufswahl erweist sich das SOS-Programm als recht erfolgreich. Isabelle Zuppiger, Leiterin der Berufs- und Studienberatung des Kantons Luzern, spricht von einer Erfolgsquote von mehr als 80 Prozent. Unter den Argusaugen der Sozialarbeiter wird darauf geachtet, dass bei der Bewerbung für eine Coiffeurstelle, Coiffeur mit zwei «f» geschrieben wird. Gute Vermittlungsziffern weisen auch das Solothurner Jugendprogramm (Jup) oder der Verein Job im Kanton Zürich aus. Immer mehr Kantone gleisen nun für die Jugendlichen Überbrückungsprogramme auf.

Trägerische Sicherheit

Ein Nachteil sticht ins Auge: Die diversen «Warteschlangen» verschieben nur den Mangel aufs nächste Jahr. Jürg Huber, Schulleiter der Luzerner Mariahilf-Schule, fürchtet auch, dass die Angebote den Schülerinnen und Schülern eine falsche Sicherheit vorgaukeln: «Statt wirklich alle Energie für Bewerbungen jetzt zu mobilisieren, lehnt sich mancher Jugendliche zurück und sagt: «Ich habe ja einen Platz bei SOS.»

Delf Bucher

Verdrängungskampf

«Die schlechten Perspektiven auf der Lehrstellensuche demotivieren viele Schülerinnen und Schüler und beeinträchtigen ganz allgemein das Lernklima in der Volksschule. Problematisch ist vor allem der Verdrängungskampf unter den Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen: Schülerinnen und Schüler mit guten Noten suchen aufgrund der prekären Situation vermehrt in Branchen, in denen bisher hauptsächlich Schulabgänger/-innen der Sekundarschulabteilungen B und C einen Lehrplatz gefunden haben. Dadurch verschlechtern sich die Perspektiven der schwächeren Schülerinnen und Schüler zusätzlich.

Die pädagogische Arbeit in der Schule gestaltet sich unter diesen Umständen anforderungsreicher und die Integrationsbemühungen erfordern noch mehr Engagement von den Lehrkräften.»

Aus der Stellungnahme des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (ZLV) zur im März von Kanton und Stadt Zürich lancierten Kampagne «Mehr Lehrstellen!». Im ganzen Kanton fehlten zu diesem Zeitpunkt gegen 1000 Ausbildungsplätze.

«Das geht auch den Verband etwas an»

Der LCH-Zentralvorstand bewilligte eine Vorstudie zur Feminisierung des Lehrberufs.

Der Männeranteil in der Volksschule sinkt stetig und liegt in vielen Kantonen bereits unter 10%. «Gleichstellung und Chancengleichheit im Lehrberuf» war deshalb ein Thema an der Sitzung des Zentralvorstands (ZV) vom 22. April in Zürich. Der LCH wäre bereit, ein Projekt auszuarbeiten mit dem Ziel der Geschlechtergleichstellung im Lehrberuf. Voraussetzung ist laut Zentralsekretär Urs Schildknecht jedoch «die klare Signalisation des politischen Willens, am jetzigen Zustand etwas zu ändern», spricht Unterstützung durch die EDK.

Vorerst bewilligten die rund 100 anwesenden Mitglieder des ZV 30 000 Franken für ein Vorprojekt. Dieses ist die Grundlage für ein Gesuch um Finanzhilfe beim Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Mann und Frau Anfang 2004. Damit könnten bis zu 90% der

Kosten für ein Hauptprojekt samt Massnahmenkatalog durch Bundesmittel sichergestellt werden.

Sind Männer nötig?

Kritische Stimmen im ZV fragten nach der Notwendigkeit einer Kurskorrektur. «Hat es denn negative Auswirkungen für die Kinder, wenn sie in den ersten Jahren ausschliesslich von Frauen unterrichtet werden?», fragte etwa Franz König (Basel-Stadt) und wagte gar die Behauptung, Frauen im Lehrberuf profitierten davon, wenn sie unter sich bleiben. Bemerkte wurde auch, es sei ungeklärt, ob die Schulqualität durch einen Frauenüberschuss sinke oder steige. Klar gegen eine Einmischung des LCH sprach sich Christa Dubois-Ferrière vom Verband der Gymnasiallehrerinnen und -lehrer (VSG) aus: «Der Verband muss nicht die Arbeit leisten, die der Arbeit-

geber bringen sollte und schon gar nicht mit Mitgliederbeiträgen ein solches Projekt finanzieren.»

Dem widersprach Daniel V. Moser, Vizepräsident des Berner Berufsverbandes LEBE: «Das Phänomen der ungleichen Geschlechtervertretung im Lehrberuf hat sich in den letzten Jahren verstärkt; und das geht den Verband durchaus etwas an.» Er warnte vor einer Differenzierung der Zulassungsbedingungen an den Lehrerbildungsstätten und einem damit verbundenen Imageverlust. Dies unterstützte auch Hansjörg Müller, Präsident der Primarlehrerkonferenz.

Noch deutlicher drückte sich Toni Strittmatter, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle LCH, aus: «Es wäre eigentlich

der Job des Arbeitgebers, aber die Kantone verdrängen das Problem und hoffen auf ein Wunder. Den standespolitischen Schaden jedoch haben wir, wenn nichts geschieht.» Er unterstützte die Ausarbeitung des Vorprojekts, betonte aber, dass der LCH «keinen Rappen» für ein Hauptprojekt aufwerfen dürfe, falls die Kantone nicht mitmachen. Das Konzept für ein Vorprojekt wurde von der Soziologin und Kommunikationsfachfrau Margret Bürgisser ausgearbeitet. Eine Arbeitsgruppe wird nun die Grundlagen erarbeiten für die Projekteingabe durch den LCH im kommenden Januar. Bei positiver Antwort könnte der Start zum Hauptprojekt bereits 2004/05 erfolgen.

Doris Fischer

«Die Kantone verdrängen das Problem und hoffen auf ein Wunder. Den standespolitischen Schaden jedoch haben wir.»

Doppelbotschaften in der Lehrerbildung

Claude Bollier, scheidender Präsident der Pädagogischen Kommission, deckte an der LCH-Präsidentenkonferenz Widersprüche bei der Tertiarisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung auf.

Dass bei der Tertiarisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung und der Konzentration von 150 auf 15 Standorte noch nicht alles rund läuft, hat BILDUNG SCHWEIZ in der Ausgabe 4/2003 berichtet. An der Frühjahrs-Präsidentenkonferenz des LCH vom 26. April in Zürich zeigte Claude Bollier auf, dass nicht nur manches unklar ist, sondern auch gefährliche «Doppelbotschaften» ausgesendet werden.

Beispiele:

- Die neuen Bildungs-Institutionen erhalten zwar überregionale Grösse und

Bedeutung, aber sie werden wie die alten Seminarien kantonal organisiert und verwaltet – mit allen Gefahren von Kantönligkeit und Sonderzügen. Bollier: «Es scheint unmöglich, dass es dereinst schweizerische Volksschullehrer gibt.»

- Das Studium mit Modulen bringt eine Spezialisierung, aber im Schulzimmer werden die Lehrpersonen dann wieder «allround»-Einsatz leisten müssen.
- Variable Ausbildungsgänge bringen eine Tendenz zur Theorie und Individualisierung, andererseits ist be-

kannt, dass Lehrerbildung vor allem sozialisierend wirken und praxisfähige Konzepte vermitteln muss. Der «fil rouge» in der Ausbildung, so Bollier, sei gefährdet.

- Die Ausbildung auf Fachhochschul-Niveau signalisiert einen Zugang nur noch mit Matura; andererseits werden von den Kantonen laufend Zugänge ohne Matura geschaffen.
- Die Man strebt europaweit anerkannte Diplome an (Bachelor, Master), aber selbst die schweizerischen Universitäten zeigen sich bisher wenig geneigt,

diese Abschlüsse auch als vollwertig zu anerkennen.

Claude Bollier – er tritt nach fünf Jahren als Präsident der Pädagogischen Kommission LCH zurück – nannte die in dieser Situation wichtigsten Forderungen des LCH: Zugangsbedingungen zur Ausbildung auf hohem Niveau und Anstellungsbedingungen, die nicht länger bei Lehrpersonenmangel unterlaufen werden. Die Qualität der Abschlüsse müsse den Anschluss an die universitäre Weiterbildung gewährleisten.

hw.

Schaffenskraft, Verlässlichkeit, Herzblut

Urs Schildknecht, Zentralsekretär des LCH, kann am 2. Juni seinen 60. Geburtstag feiern. Glückwünsche und Dank kommen von LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp und Toni Strittmatter, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle PA LCH.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wie dankt man einem hochverdienten LCH-Funktionär, der mehr als die Hälfte seiner Lebenszeit für eine gute Schule und wirkungsvolle Lehrerorganisationen eingesetzt hat?

- Indem man seine wichtigsten beruflichen Stationen aufzählt: Zwanzig Jahre Sekundarlehrer in Erlen, elf Jahre Präsident des Thugaischen Lehrerinnen- und Lehrervereins, vier Jahre Präsident der Ostschweizer Lehrerorganisationen, dann ab 1986 hauptamtlicher Zentralsekretär des Schweizer Lehrervereins und schliesslich ab 1990 Zentralsekretär des LCH?

- Oder indem man versucht, seine unzähligen Verdienste aufzulisten: Treibende Kraft für die Professionalisierung der Lehrerinnen- und Lehrerverbände auf allen Ebenen, langjähriges Engagement für die Lehrerbildung in Afrika, Mitinitiator des Pestalozzi-

Preises für kindgerechte Lebensräume, standespolitische Anlauf- und Auskunftsstelle für unzählige gewerkschaftliche und arbeitsrechtliche Probleme, unermüdlicher Einsatz für eine professionelle Verbandszeitung usw. usf.?

Wer Urs kennen und schätzen gelernt hat, weiss sehr wohl, dass beide Wege nur unvollständig nachgezeichnet bleiben müssen. Zu vielfältig und produktiv verläuft sein berufliches Leben. Und dennoch gibt es eine Konstante, die sich wie ein roter Faden durch seine 35-jährige Berufsarbeit verfolgen lässt: Es ist sein unermüdlicher Einsatz für unseren Berufsstand, versehen mit einer grossen Portion Durchsetzungskraft, manchmal auch Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit, aber immer mit viel Herzblut.

Lieber Urs

Du hast uns allen viel gegeben! Ohne deine kompetente und zuverlässige



Urs Schildknecht,
Zentralsekretär LCH.

Foto: Marc Renaud

Arbeit und die grosse Unterstützung, die wir vom gesamten Personal im LCH-Zentralsekretariat erhalten, könnten wir unsere Aufgaben in den Kommissionen und Arbeitsgruppen, in den Zentralorganen und im vielfältigen Beziehungs- und Delegationsnetz des LCH nicht erfüllen. Dafür und für die vielen Jahre intensiver Zusammenarbeit danke ich dir und wünsche dir vor allem gute Gesundheit und weiterhin viel Erfolg!

Beat W. Zemp, Zentralpräsident

Lieber Urs

Bei meinem damaligen «Seitenwechsel» vom Erziehungswissenschaftler, Lehrerbildner und staatlichen Schulreformer aus der Innerschweiz zum Schweizerischen Lehrerverein hast du zwar aktiv mitgewirkt; ob wir zwei «Gründe» es dann aber zusammen können, blieb zunächst offen.

Es gehört zum Schönen eines Berufslebens, wenn sehr unterschiedliche

Charaktere die anspruchsvolle Mischung aus professionell-freundschaftlicher Zuneigung, ehrgeizigem Tatendrang, kritischem Widerpart und Loyalität produktiv vereinen können. Mit dir wurde das möglich, wenn auch in stemtem Ringen darum.

Auf der Basis dieses Vertrauens wurde es zunehmend möglich, die Reviere zu öffnen. Du hast den ehemaligen engagierten Klassenlehrer wieder hervorgeholt und bemerkenswerte Beiträge zu wichtigen schulpädagogischen Fragen geleistet. Und du hast mich eingeladen, mich auch in die handfesten Gewerkschaftsthemen hinein zu begeben.

Du giltst nicht als ausgesprochen pflegeleicht. Anders: Zum Glück gehörst du nicht zur windschlüpfriegen dienstfertigen Sorte von Funktionären. Du bist

getrieben von Herzblut für den LehrerInnenstand und die Schule. Und von einem sehr starken Willen, das nötig und richtig Erkannte durchzuziehen. Und darüber hinaus von hoher Verlässlichkeit. Wer diese drei Ebenen mit dir teilen kann, erlebt deine ganze Schaffenskraft und Fürsorglichkeit, wird mit dir zusammen Berge versetzen – oder mindestens nach Streit oder gar Niederlagen vergnüglich-stilvoll Wunden gesund pflegen können.

Dass ich entgegen meinen früheren Prinzipien nun schon fast 15 Jahre an der gleichen Stelle geblieben bin, hat ganz stark mit dem guten Team der leitenden Mitarbeiter zu tun. Von dir als «Ältester» in diesem Trio brauchte es und braucht es immer von neuem das Einverständnis, unsere Beziehung als gleichwertige zu leben. Dafür hast du meine tiefe Anerkennung und gute Erwartung für die kommenden Jahre.

Anton Strittmatter, Leiter PALCH

Initiative Solothurn: Bildung vors Volk

Am 29. Juni stimmt der Solothurner Souverän über zwei Bildungsinitiativen ab: «Der Kindergarten gehört dazu» und «Gerechte Chancen für MusikschülerInnen». Die beiden Volksbegehren wurden vom Berufsverband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn (LSO) gestartet.

Ursprünglich umfasste das Abstimmungspaket des LSO vier Bildungsinitiativen: Neben «Gerechte Chancen für MusikschülerInnen» und «Der Kindergarten gehört dazu» standen auch die Volksbegehren «Klare Anstellungsverhältnisse» sowie «Gute Schulen brauchen Führung» zur Diskussion. Die Regierung hatte alle vier abgelehnt. Der Kantonsrat hingegen hiess die Schulleitungs-Initiative – Kernstück des ganzen Pakets – im Grundsatz gut, will aber einen Gegenvorschlag präsentieren. «Wir sind nun gespannt auf den Gegenvorschlag der Regierung», erklärt Roland Misteli, LSO-Geschäftsführer, im Gespräch mit BILDUNG SCHWEIZ. «Wenn dieser die wichtigsten Anliegen unserer Initiative aufnimmt, können wir sie zurückziehen.»

Madlen Blösch

Ebenfalls zurückgezogen hat der LSO die Initiative «Klare Anstellungsverhältnisse». Seit der Lancierung hat sich die Situation verändert: Das Begehren der Lehrpersonen kann sehr wahrscheinlich in den laufenden Verhandlungen zum Gesamtarbeitsvertrag verwirklicht werden. «Wir halten jedoch grundsätzlich an der Forderung fest, dass künftig der Kanton – und nicht wie heute die Gemeinden – als Arbeitgeber der Volksschullehrkräfte zuständig sein sollte.»

Mehr als «Gvätterlischuel»

Die beiden nun am 29. Juni zur Abstimmung gelangenden Initiativen behandeln zwei alte Postulate. Was hat den LSO bewogen, die Kindergarten-Initiative zu lancieren? «Im Kanton Solothurn wird der Kindergarten in der Gesetzgebung immer noch als Anhängsel betrachtet. In den letzten Jahrzehnten hat er sich jedoch vom Inhalt her sehr verändert» betont Roland Misteli. Früher sei er eine «Gvätterlischuel», eine Betreuungsinstitution gewesen. «Heute ist der Kindergarten ganz klar eine Bildungsinstitution. Uns vom LSO schien jetzt der Zeitpunkt gekommen, den Kindergarten unter das gleiche rechtliche Dach wie die Volksschule zu stellen. Ein Schritt übrigens, der auch in anderen Kanto-

nen wie Baselland, Freiburg oder Luzern vollzogen wurde.» Bei der Integration des Kindergartens in die Volksschule gehe es um einen Zusatz in der Kantonsverfassung, es handle sich um eine reine Formsache.

Dass bei Annahme der Initiative der Besuch des Kindergartens obligatorisch werde – wie es der Regierungsrat darstellt – sei nicht richtig, betont Misteli. «Wir kennen seit 1997 das Angebots-Obligatorium; ein Besuchs-Obligatorium streben wir mit dieser Initiative nicht an.» Es stimme auch nicht, dass mit der Aufnahme des Kindergartens in die Volksschule zwingend eine Basisstufe geschaffen werde.

Musikschule: Bestandteil der Bildung

Das zweite Begehren, das den LSO ebenfalls seit Jahren beschäftigt, sind die «Gerechten Chancen für MusikschülerInnen». Die Grundstruktur, so Roland Misteli, soll dabei keineswegs verändert werden. «Weil der Kanton in den letzten Jahren zweimal versuchte, die Subventionen zu kürzen, wären die Musikschulen gezwungen gewesen, ihre Angebote zu reduzieren. Nur dank breiter Opposition und mehreren Petitionen wurden diese Ansinnen nicht realisiert.» Der LSO sei jedoch der Meinung, dass es nicht mehr vorkommen dürfe, dass der Kanton bei knapper Kasse die Zuschüsse an die Musikschulen kürze oder gar streiche. «Der Stellenwert der Musikschule hat sich wirklich auch verändert und ist vom Freizeitangebot zu einem wichtigen Bestandteil der Bildung geworden.» Die Initiative wolle den Musikschulunterricht und eine minimale Standardisierung des Angebots für alle Gemeinden im Volksschulgesetz verankern, denn es gebe immer noch Gemeinden, die keinen Musikschulunterricht anbieten oder ein sehr dürftiges Angebot haben.

Der LSO strebe «kein Luxusangebot» an, betont Roland Misteli. Der Einbezug der



Plakat für die Abstimmung vom 29. Juni im Kanton Solothurn.

Musikschule in die Volksschulgesetzgebung würde zudem für die Lehrkräfte der Musikschule gleiche Anstellungsbedingungen und gleiche Löhne in allen Gemeinden bedeuten. «Damit», ist Misteli überzeugt, «bekommt auch jede Gemeinde die Chance, gute Musikschullehrkräfte einzustellen.»

Beiden Initiativen erwächst vor allem von Seiten des Einwohnergemeindeverbandes massive Opposition. Die Kosten werden als astronomisch und «nicht finanzierbar» dargestellt, im «armen» Kanton Solothurn ein klassisches Killerargument. Trotzdem zeigt sich Roland Misteli zuversichtlich. Der LSO wolle mit einem breit abgestützten Komitee für die beiden Begehren kämpfen. «Wir hoffen natürlich, dass unser Engagement zum Erfolg führt.»

Weiter im Netz

www.lso.ch

Bildungsgesetz Baselland: Elchtest am Personal

Per Sommer 2003 tritt das neue Bildungsgesetz Baselland in Kraft. Seit der Volksabstimmung prangt auf der Titelseite der Zeitschrift des LVB ein von der Mitgliederversammlung beschlossener Vorbehalt dazu. Das ist ungewöhnlich und wird hier erläutert.

Max A. Müller, Präsident Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland LVB

Der Versuch, die Umsetzungsbemühungen zum neuen Bildungsgesetz Baselland in Beziehung zum bekannten Elchtest zu setzen, ist eine behördliche Schöpfung – und hat doch Charme: Führt man den Vergleich weiter, liegen die Unterschiede sofort offen: Der Autohersteller reagierte auf den Umfaller seines Gefährts mit elektronischer Nachrüstung und feuerte den verantwortlichen CEO. Als der Wagen verkauft wurde, fiel kein Kunde damit um. Im Baselbieter Elchtest soll hingegen ein offensichtlich problematisches Gesetzeswerk live am Publikum ausprobiert werden: an den Schülerinnen und Schülern, an den Eltern und vor allem am Personal.

Der Reigen der Flops hat bereits eingesetzt: Die Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton und die «Schule-unter-einem-Dach-Ideologie» scheitern ganz offensichtlich am Widerstand der Gemeinden. Probleme wird es mit der Funktion der Schulleitungen geben, aber auch mit dem Mitarbeitergespräch, mit den Evaluationen und mit der «Speziellen Förderung». Zwei Dutzend fette Pendenzen in der Umsetzung harren der Lösung, gehauen oder gestochen – Einführung muss sein.

Flop aktuell: Die «Umfassenden Blockzeiten» sind Bestandteil der Versprechungen, die zum Gesetz betrieben wurden. Am Kindergarten und in der Primarschule sollten analoge Kontaktzeiten zwischen Kindern und Lehrperson die Eltern entlasten. Eine abgestimmte Pädagogik sollte die Übergänge zwischen Kindergarten und Primarschule verbessern.

Dazu arbeitete die Stabsstelle Bildung der Erziehungsdirektion je ein Modell für umfassende Blockzeiten und für abweichende Unterrichtszeiten aus. Dieses Modell wurde bei der Beratung



Vorbehalts-Formel auf der Titelseite des Verbandsorgans «lvb.inform»

des Gesetzes vorgestellt, die erforderlichen Finanzen wurden bereitgestellt und ein Artikel für Blockzeiten-abstinente Gemeinden wurde geschaffen. Dann sollten die Blockzeiten im Gesetz definiert werden. Dabei gelang es dem Gesetzgeber in der Hektik des Herumredigierens, einen offensichtlich unsinnigen Artikel zu beschliessen.

Die Panne ergibt sich fast zwangsläufig aus der Planungskultur, die von Anfang an betrieben wurde:

- Die Mitsprache des Personals war von Anfang an unerwünscht, musste immer wieder erstritten werden und wurde nur unwillig gewährt.
- Wesentliche Standards eines ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens wurden ausser Acht gelassen.
- In wesentlichen Grundfragen im anstellungsrechtlichen und im Führungsbereich wurde der Klärung mit den Organisationen des Personals immer wieder ausgewichen.

In diesem Umfeld erfolgte auch die Endausfertigung im Parlament: Auf den Entwurf wurden in letzter Minute Führungs- und Evaluationsvorstellungen unterschiedlichster Bauart aufgesetzt und im Schnellverfahren verabschiedet. In diese Textschaffungsphase fiel auch die Definition dessen, was «Umfassende Blockzeiten» sein sollten. Als Monate später die für das Blockzeitenmodell unerlässlichen Unterrichts- und Arbeitspensen – 100% für die Kin-

dergarten-Lehrpersonen – festgeschrieben werden sollten, rieb man sich die Augen: das Gesetzgebungsprodukt ist in der Praxis nicht durchführbar, sprachlogisch nicht nachvollziehbar und steht in Widerspruch zu allem, was die Erziehungsdirektion kommuniziert hat.

Anders als der Autohersteller reagierte die Behörde, die für Planung und Aufsicht im Bildungswesen zuständig wäre. Der Psycho-Plot sieht so aus: Schritt 1: Man tut so, als ob das Auto gar nicht umgefallen wäre; der Sozialpartner wird nicht informiert und merkt es doch. Schritt 2: Die Panne sei gar keine, ein Auto müsse teilautonom umfallen dürfen: Blockzeiten mit Teilpensum und in jeder beliebigen Ausformung seien von Anfang an erwünscht gewesen. Schritt 3: Wo sind die Schuldigen? Wer nur hat diese Planung gemacht? Schritt 4: Jetzt ist es halt so und man kann nichts machen.

Das Personal beissen die Hunde: Mehr denn je hängen Pensum und Bezahlung der Kindergärtnerinnen in der Luft. Das begeistert keinen Personalverband. Die Qualität eines Unternehmens bemisst sich auch daran, wie es seine Pannen behebt. Der LVB-Vorbehalt empfiehlt Zurückhaltung und Absicherung. Die Mitgliederversammlung beschliesst ihn wieder weg, wenn sich akzeptable Zustände eingestellt haben.

Weiter im Netz

www.lvb.ch

Der Psycho-Plot sieht so aus: Schritt 1: Man tut so, als ob das Auto gar nicht umgefallen wäre. Schritt 2: Die Panne sei gar keine, ein Auto müsse teilautonom umfallen dürfen. Schritt 3: Wo sind die Schuldigen? Schritt 4: Jetzt ist es halt so und man kann nichts machen.

Nachrichten

Keine Hitzeferien mehr

«Bis zu maximal 35 Grad Aussentemperatur ist der Schulunterricht zumutbar, wenn gewisse Anpassungen an die Hitze vorgenommen werden.» Dies hielt der Schulärztliche Dienst des Kantons Basel-Stadt in einer Stellungnahme vom letzten Sommer fest. Das Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt hat deshalb beschlossen, die offiziellen Hitzeferien ab diesem Sommer abzuschaffen. Viele Kinder hielten sich an Hitzelfreienachmittagen ungeschützt und unbeaufsichtigt im Freien auf, was dem Grundgedanken der Hitzeferien, nämlich, die Kinder vor Hitze und Schadstoffbelastungen zu schützen, zuwiderlaufe, hält das Departement in einer Medienmitteilung fest. Ausserdem seien die Hitzeferien eine zusätzliche Belastung für berufstätige Eltern, weil sie in kürzester Zeit eine Betreuung für ihre Kinder organisieren müssen. Basel-Stadt war der einzige Deutschschweizer Kanton, in dem noch eine Hitzelfrei-Regelung bestand.

Hinweise

Hilfe für Tibeter in Indien

Educational Support Tibet, eine junge Non-Profit-Organisation, unterstützt in Indien Flüchtlinge aus dem Tibet. 22- bis 30-jährigen Frauen und Männern aus dem Tibet steht eine Schule in der Nähe von Bangalore (Indien) offen. Sie hilft den Flüchtlingen, eine selbstständige Existenz aufzubauen. Gesucht werden laufend Volontär-Lehrpersonen mit Unterrichtserfahrung und guten Englischkenntnissen. Mehr unter www.estibet.org

Sinne und Sensoren

«Von Sinnen» – unter diesem Titel zeigt das Bündner Naturmuseum in Chur vom 16. April bis 3. August eine Sonderausstellung über Sinnesorgane und Sinnesleistungen von Mensch und Tier. Den Spitzenleistungen der Natur werden solche der Technik gegenüber gestellt. Besucher können ihre Sinne testen und Experimente durchführen. Infos unter Telefon 081 257 2841.

MAGAZIN

Foto: zVg.



«Wer sucht, der findet...». Kinder graben in Augusta Raurica nach Schätzen aus der Römerzeit.

Augusta Raurica

Schatzsuche

Von der einst blühenden Koloniestadt Augusta Raurica sind eindruckliche Ruinen erhalten geblieben. Im Römermuseum in Augst BL ist eine Auswahl der wichtigsten und interessantesten Funde ausgestellt, darunter der sensationelle Silberschatz von Kaiseraugst. Das Römerhaus ist eine Rekonstruktion eines Geschäfts- und Wohnhauses. Im «römischen» Haustierpark werden alte Terrassen gezeigt.

Arbeitsblätter, Rollenspiele, Textquellen und weitere Anregungen stehen für die Arbeit im Schulzimmer zur Verfügung; ausgeliehen werden können auch verschiedene Wanderkoffer mit Fundgegenständen aus Augusta Raurica und originalgetreuen Kopien.

Angebote

- **Mosaiken unter der Lupe:** Die Kinder entdecken die erfinderische Kunst des Mosaiks und entwickeln eigene geometrische Muster. April bis Oktober, ca. 1 Std. ohne Begleitung.

- **«Römisches» Brot backen:** Die Kinder mahlen Korn von Hand auf zwei originalen Steinmühlen und backen Brot nach römischer Art. April bis Oktober, 2 Std., Fr. 110.– (max. 25 Kinder).
- **Wer sucht, der findet – Graben in Augusta Raurica.** Die Kinder nehmen an einer richtigen Grabung teil und erfahren, wie man aus Keramikscherben Gefässe rekonstruiert. Juni bis September, Di bis Do, 9–15.30 Uhr, Fr. 350.– (2 Lehrpersonen, max. 24 Kinder).
- **«Vita Romana» – Zeitreise ins Römerhaus von Augusta Raurica.** Gruppen mit mindestens einem Jahr Lateinunterricht werden von zwei lateinsprechenden Personen durch das Römerhaus begleitet. 1 Std., Fr. 240.– plus Eintritt.

Adresse und Kontakt

Römerstadt Augusta Raurica, Giebenacherstrasse 17, 4302 Augst, Tel. 061 816 22 22, www.augusta-raurica.ch, mail@augusta-raurica.ch.

Hinweise

Nachdiplomkurs «Lesen, Medien, Literacy»

Das «Zentrum Lesen» der Fachhochschule Aargau Pädagogik veranstaltet einen Nachdiplomkurs «Lesen, Medien, Literacy». Dabei werden Fragen der reading literacy, der media literacy, der Schreibpraxis und der kooperativen professionellen Entwicklung von Lehrpersonen in enger Verbindung angegangen. Im begleiteten Lernprojekt werden hochschuldidaktische und informationstechnische Umsetzungen konzipiert und mit Studierenden der Pädagogischen Hochschulen und Praxislehrkräften erprobt. Zielpublikum sind Fachpersonen der Lehrerinnen- und Lehrerbildung, die sich mit Literacy im Kontext von Lehrpraktika bzw. Unterrichtspraxis befassen und sich für den Einsatz von Internet-gestützten Lehr-, Lern- und Betreuungsumgebungen interessieren.

Kursdauer: April 2004 bis März 2006; Kursleitung: Andrea Bertschi-Kaufmann, Fachhochschule Aargau Pädagogik – Zentrum Lesen, Armin Hollenstein, Universität Bern – Institut für Pädagogik und Schulpädagogik. «Lesen, Medien, Literacy» wird schwergewichtig finanziert durch Public Private Partnership – Schule im Netz (PPP-SiN). Kontakt-Tagung für Interessierte: 12.6.03 in Aarau (15–18 h), weiter im Netz www.ndk-literacy.ch

Jugendaustausch

Die Schweizerische Stiftung Pro Patria fördert den Jugendaustausch. Aus einem Fonds mit 650 000 Franken werden in den kommenden fünf Jahren 300 bis 400 Projekte unterstützt. Angesprochen sind alle Klassen der Primar- und Sekundarstufe I. Ziel des Pro Patria-Austauschbonus ist die Förderung des Verständnisses zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Sprachgebiete und Landesteile. Gesuchunterlagen sind zu beziehen bei: ch Jugendaustausch, «Pro Patria-Austauschbonus», Poststrasse 10, Postfach 358, 4502 Solothurn, Tel. 032 625 26 80, www.echanges.ch

Bildungsmarkt

Neue Lehrmittelreihe: «Sprache zur Sache»

Im Verlag Sauerländer AG/sabe erscheint ein neues themenorientiertes Schweizer Sprachlehrmittel für die 2. bis 9. Klasse. «Sprache zur Sache» setzt auf die Eigeninitiative des Kindes: «Seine Neugier und sein Wunsch, sich auszutauschen und sprachlich kompetent zu werden, sind der Boden für fruchtbares Lernen», heisst es in einer Verlagsmitteilung. Das Lehrmittel bietet Texte an, welche die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler spiegeln, ihre Fantasie anregen.

Info: sabe Verlag, Laurenzenvorstadt 89, 5001 Aarau, Telefon 062 836 86 86, Fax 062 836 86 20, E-Mail verlag@sauerlaender.ch, Internet www.sauerlaender.ch

Nachdiplomstudium Schul-Praxisberatung

Das Pädagogische Praxis-Zentrum (PPZ) Uster bietet von Juni 2004 bis Juni 2006 den zweiten Nachdiplomstudiengang zu zertifizierten Schul-Praxisberatern und Supervisions-Fachpersonen an. Die Ausbildung richtet sich gemäss Ausschreibung an «mit viel Freude unterrichtende Lehrpersonen aller Stufen der Volksschule in der gesamten Deutschschweiz, welche eine neue Aufgabe und Herausforderung in der Erwachsenenbildung suchen». Weitere Information: PPZ, Bahnhofstrasse 21, 8610 Uster, E-Mail info@ppz.ch, Internet www.ppz.ch.

Neu auf der LCH-Homepage

LCH Jahresbericht 2002
www.lch.ch/PDF/jahresbericht02_mm.pdf
Eventreisen III/2003
www.lch.ch/Formulare/Event/PDF/Event_mm_3_2003.pdf
young line Travel
www.lch.ch/Formulare/Event/PDF/youngline_extra.pdf
Veranstaltungen
www.lch.ch/veranstaltung.htm
Linkliste Schulreisen
www.lch.ch/chlinks.htm#schulreise

Schule und Familie: Wohin verschieben sich die Grenzen?

Schule und Familie sind zentrale Einflussgrössen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Beide bestimmen die Lebenschancen der Heranwachsenden entscheidend mit. Forschungsergebnisse, Zusammenhänge und Perspektiven zum Einfluss und Verhältnis von Schule und Familie stehen im Zentrum des Kongresses «Schule und Familie – Perspektiven einer Differenz» vom 7. bis 10. Oktober in Bern.

Drei Organisationen laden zur Auseinandersetzung mit dem Dauerthema Schule und Familie ein: die Schweizerische Gesellschaft für Bildungsforschung (SGBF), die Schweizerische Gesellschaft für Lehrerinnen- und Lehrerbildung (SGL) und die Lehrerinnen- und Lehrerbildung des Kantons Bern (LLB). Vier Themenfelder stehen fest, zu denen Plenarvorträge, Workshops, Einzelvorträge und eine Postersession angeboten werden:

Gesellschaftlicher Wandel
Kindheit und Jugend sind eng mit der Geschichte von Familie und Schule verbunden. Aktuelle gesellschaftliche Veränderungen wie Individualisierung, Informatisierung und Pluralisierung sowie der beschleunigte Wandel der Arbeitswelt bewirken eine Neuformierung der Lebensphasen Kindheit und Jugend. Welches sind die Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels auf die pädagogischen Konzepte von Kindheit und Jugend? Führt der Wandel zu einer Neuverteilung der edukativen Leistungen zwischen Familie und Schule?

Formung des Individuums
Familie und Schule bilden



Heikles Wechselspiel: Das Kind zwischen Familie und Schule.

bedeutsame Kontexte der Formung des Individuums. Subjekt von Sozialisation und Bildung ist aber nie die Umwelt, sondern immer das Individuum selbst. Der Wirksamkeit von Familie (Erziehung) und Schule (Unterricht) sind daher Grenzen gesetzt, die sich im Einzelfall kaum berechnen lassen. Welchen Einfluss nehmen Familie und Schule auf die kindliche Entwicklung? Wie erkennen Eltern und Lehrkräfte die Grenzen ihrer Wirksamkeit? Wie gehen sie mit der Begrenztheit ihrer Wirkungen um?

Herkunft bringt Chancen
Trotz erheblicher Anstrengungen ist es bisher nicht gelungen, die Lebenschancen in modernen Gesellschaften von Einflüssen der familiären Herkunft zu lösen. Die Bedingungen des Aufwachsens in der Familie erweisen sich nach wie vor als bedeutsame Prädiktoren des Schulerfolgs von Kindern und Jugendlichen. Was sind die Mechanismen der Reproduktion von sozialer Ungleichheit? Was sind pädago-

gische und didaktische Bedingungen der Egalisierung von Bildungschancen?

Verhältnis neu bestimmen
War die Schule lange Zeit auf eine Familie ausgerichtet, die in ihrer bürgerlichen Standardform wenig Anlass zu Konflikten gab, führt die zunehmende Heterogenität der Lebensformen zu Inkonsistenzen im Verhältnis «Elternhaus und Schule». Gefordert sind neue Formen der Aufgabenteilung zwischen Schule (inkl. Vorschule) und Familie, neue Angebote der ausserfamiliären und schulischen Betreuung von Kindern sowie neue Konzepte pädagogischer Verantwortung. Wie muss die Schule auf den Wandel der Familie reagieren? Welcher Erneuerungen bedarf das Verhältnis von Familie und Schule? Welche politischen Massnahmen sind zu treffen?

Urs Vögeli-Mantovani

Weiter im Netz

Das Programm ist ab Juni im Internet abrufbar unter www.kongress03.ch

Globales Medium, lokale Angebote

Die Suche nach Unterrichtshilfen für Lehrpersonen zum Schlagwort Globalisierung im Internet hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Anlaufstellen und Linklisten helfen zwar weiter, aber das Thema wird vor allem in Büchern und Broschüren für den Unterricht aufbereitet.

Es ist ein Allerweltsbegriff mit politischer Sprengkraft: Globalisierung. Umso mehr erstaunt, dass sich ausgerechnet im World Wide Web, das alle Räume und Zeiteinheiten überwindet, mit Hilfe der üblichen Suchmaschinen so wenig Unterlagen und Arbeitsblätter finden lassen, welche Lehrpersonen für den Unterricht nutzen können. Trotzdem – die ausgedehnte Suche legt eine für Lehrpersonen hilfreiche Schweizer Website frei: Die Stiftung Bildung und Entwicklung stellt vieles ins Netz, das weiterhelfen kann www.globaleducation.ch. Der Auftritt ist mit dem pädagogischen Anspruch gemacht, «Wissen und Sensibilität für die globalen Zusammenhänge unseres heutigen Lebens» zu vermitteln und «Handlungsbezüge» aufzuzeigen. Auch der selbstgesteckte Anspruch, eine «Dienstleistungsstelle im Bildungsbereich» zu sein, erfüllt die modern gestaltete und konzipierte Website. Aber die Stiftung bietet leider keine internet-spezifischen Angebote an, sondern nutzt das Netz sozusagen als Vertriebsstelle für die eigenen Produkte. Das ist absolut legitim, aber irgendwie nicht mehr zeitgerecht! So gibt es in der Rubrik «Leistungen»

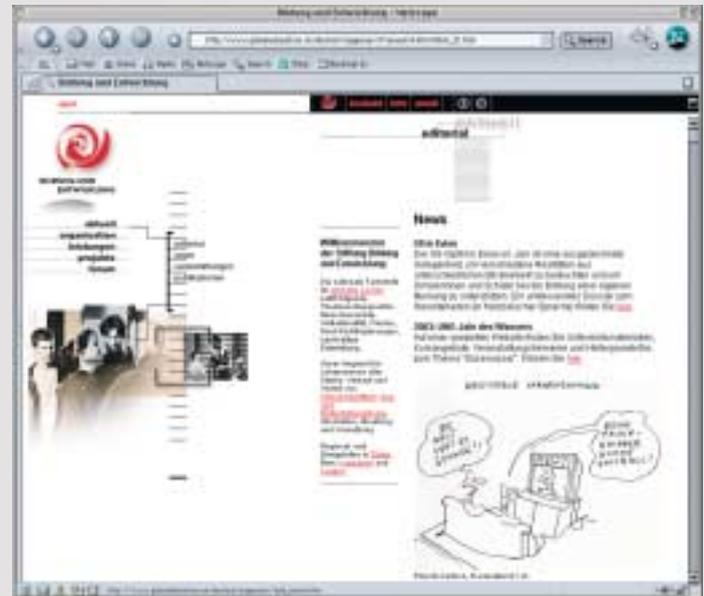
eine breite Palette an Unterrichtsmitteln wie Medienpakete, CD-ROMs oder Themenkoffer – zum Ausleihen oder zum Kaufen. Die Stiftung lagert nach eigenen Angaben 800 verschiedene Unterrichtsmaterialien.

Als Besonderheit leistet die Stiftung für Lehrpersonen aller Stufen methodische Hilfestellung und bietet auch die Begleitung von Schulprojekten an. Schade: Die Links lassen sich erst in einem Unterzeichen der Rubrik «Forum» finden. Dabei müsste sich die Sammlung mit Hinweisen auf andere Websites nicht verstecken: Die dicke Sammlung mit in- und ausländischen Internetauftritten führt auf jeden Fall zu mehr Informationen.

Immer hilfsbereit: Links

Einige interessante Tipps für die Gestaltung des Unterrichts hält die deutsche Website der «Initiative globales Lernen» bereit unter www.globlern21.de/Globalisierung.html. Die Macher, Mitarbeiter des Hessischen Landesinstitutes für Pädagogik, geben den Lehrpersonen praktische Ideen, wie sie das komplexe Thema im Unterricht angehen können. Keine konkreten Projekte werden auf dem Servierbrett präsentiert, sondern Gedankenhilfen skizziert. Zum Angebot gehört hier auch eine sorgfältig zusammengestellte Bücherliste, dafür ist leider die Linksammlung ziemlich schmal auf der Brust. Hinter den passabel gestalteten Websites steckt viel Engagement.

Eine umfangreiche Sammlung von Links, die weiterhelfen können, bietet das «Internet-Portal für Wirtschaft / Recht im Unterricht» aus Bayern www.wr-unterricht.de/wr_global.html. Die nüchtern gestalteten Seiten fallen mit ihrer Datenfülle auf. Rubriken wie «Links»,



«spezielle Gesichtspunkte» und «Arbeitsblätter» garantieren, dass man sich nicht gleich verloren fühlt.

Das Portal, das von Lehrkräften betreut wird und natürlich auch zu weiteren Themen Fakten anbietet, ist eine gelungene Drehscheibe. Doch auch hier wird deutlich: Globalisierung ist offenbar ein Unterrichtsthema, das nicht im Internet, sondern in Broschüren und Büchern abgehandelt wird – und die kann man dann halt auf allen Websites bestellen.

Die lange Reise der Jeans

Nicht bloss die abgehobene Theorie in Sachen Globalisierung, sondern auch den praktischen Alltag leuchtet die Site www.globalisierung-online.de aus. Eine CD-ROM zur Globalisierung (Zielpublikum: Jugendliche) kann bestellt werden. Ein Beispiel wird online vorgestellt: Da gehts um die «Weltreise einer Jeans». Die blaue Hose ist gemäss dieser Darstellung 50 000 bis 100 000 Kilometer unterwegs. Das eindrucksvolle Beispiel mit den Jeans las man auch schon anderswo – mit anderen Zahlen. Wahrscheinlich kann man da unterschiedlich rechnen.

Das Beste an dieser professionell gebauten Website ist die Linkliste: Sie reicht von internationalen Organisationen bis hin zu engagierten Vereinen, die sich für einen Ausgleich zwischen den Wirtschaftsnationen und der Dritten Welt einsetzen. Die Website trägt auf alle Fälle dazu bei, sich sachkundig zu machen.

Weitere interessanter Hinweise auf Websites liefert die österreichische Linkseite www.e-lisa.at. Man findet die URL-Adressen, das heisst die in Text und teilweise in Bild vorgestellten Websites, am einfachsten über die Rubrik «Schnellsuche». Der Service ist – auch bei anderen Themen – sehr gut aufgezogen und führt schnell zu einem Ergebnis.

Viele Unterrichtsmaterialien zum Bestellen listet ferner www.teachersnews.net auf. Kostenlos und auch nützlich sind die Links. Unbedingt mal bei «Teachers News» reinschauen und etwas herumwühlen. Denn das Internet ist wie ein Flohmarkt: viele interessante Sachen liegen herum, aber man weiss nicht so genau, von wem sie sind.

Thomas Gerber

Alle erwarten ein gutes PISA-Ergebnis

Die internationalen Leistungsmessungen PISA sind derzeit in der zweiten Runde. Nach den Lesefähigkeiten ist nun Mathematik der Schwerpunkt. In Rheinfelden wurden alle 4. Klassen der Bezirksschule getestet. Jugendliche und Lehrpersonen erwarten die Resultate mit Optimismus.



Foto: Tommy Furrer

Keine bösen Überraschungen im PISA-Test für Nicole Ritter: «Es ist praktisch nichts gefragt worden, was wir nicht im Mathematikunterricht an der Bezirksschule behandelt haben.»

Ein aussergewöhnlicher Testmorgen ist angesagt an den vierten Klassen der Bezirksschule in Rheinfelden. Rund 100 Schülerinnen und Schüler werden im Rahmen der zweiten Runde der PISA-Studie (Programme for International Students Assessment) mit Schwerpunkt Mathematik geprüft. Ihre Leistungen werden Teil einer internationalen Vergleichsstudie von Jugendlichen am Schluss der obligatorischen Schulzeit sein. Das Abschneiden der Schweiz in der ersten Runde im Jahre 2000, wo vor allem die Lesekompetenz und das Textverständnis geprüft wurden, war ernüchternd, lag doch unser Land lediglich im Mittelfeld. Diesmal werden bessere Resultate erwartet.

Doris Fischer

Vier Personen hat die schweizerische PISA-Administration nach Rheinfelden entsandt: Von ihnen erhalten die Schülerinnen und Schüler der vierten Bezirksschulklassen am Freitagmorgen, 9. Mai, zur gleichen Zeit ein Couvert mit einer Aufgabenserie aus dem Bereich Mathematik. Damit nicht geschummelt oder abgeschrieben werden kann, ent-

halten die Couverts 13 leicht voneinander abweichende Aufgabenserien. Nach den nötigen Erklärungen zum Projekt und zum Vorgehen im Test senken sich die Köpfe auf die Aufgabenblätter.

Zweimal 60 Minuten mit einer fünfminütigen Pause dazwischen ist das Zeitlimit zur Lösung der Aufgaben. Zusätzlich müssen die Jugendlichen einen mehrseitigen Fragebogen ausfüllen, der unter anderem Aufschluss geben soll über Geschlecht, Muttersprache, sozioökonomischen Hintergrund und die Einstellung zum Fach Mathematik. Gefragt sind ausserdem Angaben zu Schule und Lernumgebung, zum Kontext von Unterricht und Erziehung und über Massnahmen der Qualitätsentwicklung.

«Leichter als erwartet»

Nicole Ritter aus Stein (Kanton Aargau) ist eine der getesteten Schülerinnen. Nach getaner Arbeit schildert sie BILDUNG SCHWEIZ ihre Eindrücke: «Es war einfacher, als ich erwartet habe. Das meiste waren logische Aufgaben. Es ist praktisch nichts gefragt worden, was wir nicht im Mathematikunterricht an der Bezirksschule behandelt haben», gab sie

sich überrascht. Sie sei aber auch leicht irritiert, denn sie habe im Vorfeld von bereits getesteten Klassen unterschiedliche Beurteilungen gehört, was den Schwierigkeitsgrad anbelangt.

Das eher mässige Abschneiden der Schweizer Jugendlichen in der ersten Runde ist ihr aus der Presse bekannt. «Es mag mich natürlich, wenn ausgerechnet wieder die Jugendlichen für ein Negativergebnis verantwortlich sein sollen», sagt sie und hofft gleichzeitig, dass die Resultate in Mathematik besser sein werden.

Gleiche Chancen für Mädchen

Ein gutes Resultat erwartet auch Adrian Ehrensperger, Mathematiklehrer an der Bezirksschule Rheinfelden. Dies vor allem aufgrund der Resultate der zwischen 1995 und 1999 durchgeführten TIMSS-Studie (Third International Mathematics and Science Study), wo die Schweiz in Mathematik hervorragend abgeschnitten hatte. Die Resultate werden von der Testanlage abhängen, meint er. «Wenn es ein Wissenstest ist, werden wir Spitze sein.» Und noch etwas lässt ihn hoffen: «In der Schweiz haben auch die Mädchen dank der

«Es mag mich, wenn ausgerechnet wieder die Jugendlichen für ein Negativergebnis verantwortlich sein sollen.»

Nicole Ritter, getestete Schülerin

Gleichstellung der Geschlechter die Chance, gefördert zu werden und insbesondere auch in Mathematik gut abzuschneiden.» Ausserdem erachtet er die Stundendotation im Fach Mathematik in der Schweiz als gut im Vergleich mit anderen Ländern. Was er allerdings nicht glaubt, ist, dass die Schweiz ein besseres Schulsystem oder gar bessere Lehrmittel als andere Länder habe.

«Noch kaum Konsequenzen»

Kritisch steht er dem weiteren Verlauf der Studie gegenüber. Einerseits seien

die Ziele von PISA zu wenig bekannt und andererseits hätten die Resultate aus der ersten Runde noch kaum Konsequenzen gehabt. «Ziel müsste es doch sein, dass Lehrplan und Stundentafel zur Diskussion gestellt würden.» Auf jeden Fall erwarte er eine Rückmeldung zu den jetzigen Tests. «Ich möchte schon auch etwas davon haben und für meinen Unterricht profitieren können.» Sollte die Schweiz auch diesmal wieder Erwartungen schlecht abschneiden, «so könnte dies doch wenigstens für die Politiker ein Anstoss sein, für die Bil-

dung mehr Geld locker zu machen», versucht Ehrensperger der Übung weitere positive Auswirkungen abzugewinnen.

Weiter im Netz

www.pisa.admin.ch

Weiter im Text

«Für das Leben gerüstet? Kurzfassung des nationalen Berichtes PISA 2000», zu bestellen beim Sekretariat PISA, Bundesamt für Statistik, 10, Espace de l'Europe, 2010 Neuchâtel.

Die drei Etappen von PISA

Die PISA-Testreihe ist in drei Etappen unterteilt. In der ersten Runde im Jahr 2000 wurden hauptsächlich Daten betreffend Lesefertigkeit und Textverständnis erhoben. In der zweiten Runde, welche Ende Mai 2003 abgeschlossen sein wird, liegt der Schwerpunkt im Bereich Mathematik. Die letzte Etappe im Jahr 2006 wird den Naturwissenschaften gewidmet sein. Alle drei Bereiche kommen jedoch in sämtlichen Tests zum Tragen, allerdings mit unterschiedlicher Gewichtung. Für die internationale Stichprobe wählt jedes Land nach dem Zufallsprinzip mindestens 4500 15-jährige Schülerinnen und Schüler aus mindestens 150 Schulen aus. Für die zusätzliche nationale Auswertung werden eine Anzahl Klassen des neunten Schuljahres getestet. Diese ermöglichen den Leistungsvergleich zwischen den drei Sprachregionen der Schweiz am Ende der obligatorischen Schulzeit. Die Resultate der zweiten Runde werden Ende 2004 kommuniziert.

ÄPFEL

Ein Bauer pflanzt Apfelbäume an, die er in einem quadratischen Muster anordnet. Um diese Bäume vor dem Wind zu schützen, pflanzt er Nadelbäume um den Obstgarten herum.

Im folgenden Diagramm siehst du das Muster, nach dem Apfelbäume und Nadelbäume für eine beliebige Anzahl (n) von Apfelbaumreihen gepflanzt werden:

n = 1

```
X X X
X ● X
X X X
```

n = 2

```
X X X X X
X ● ● X
X ● X
X ● ● X
X X X X X
```

n = 3

```
X X X X X X X
X ● ● ● X
X ● X
X ● ● ● X
X X X X X X X
```

n = 4

```
X X X X X X X X
X ● ● ● ● X
X ● X
X ● ● ● X
X ● ● ● X
X ● ● ● X
X X X X X X X X
```

X = Nadelbaum
● = Apfelbaum

Frage 1: ÄPFEL

Vervollständige die Tabelle:

n	Anzahl Apfelbäume	Anzahl Nadelbäume
1	1	8
2	4	
3		
4		
5		

Frage 2: ÄPFEL

Es gibt zwei Formeln, die man verwenden kann, um die Anzahl der Apfelbäume und die Anzahl der Nadelbäume für das oben beschriebene Muster zu berechnen:

Anzahl der Apfelbäume = n^2

Anzahl der Nadelbäume = $8n$

wobei n die Anzahl der Apfelbaumreihen bezeichnet.

Es gibt einen Wert für n, bei dem die Anzahl der Apfelbäume gleich groß ist wie die Anzahl der Nadelbäume. Bestimme diesen Wert und gib an, wie du ihn berechnet hast.

Englisch: So nicht

Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) liess das schroffe Nein seiner Mitglieder zum Frühenglisch näher untersuchen.

Im letzten Herbst scheiterte das Zürcher Volksschulgesetz an der Urne. Obwohl die Delegiertenversammlung des ZLV die Ja-Parole beschlossen hatte, kämpften viele Lehrpersonen vehement gegen die Buschor-Vorlage.

Eine anschliessende Umfrage unter den ZLV-Mitgliedern ergab breite Zustimmung zu einzelnen Reformelementen wie etwa Teilautonome Schu-

len oder Blockzeiten. Aber der Punkt «Englisch ab Unterstufe» stiess auf schroffe Ablehnung. Nur 26% der Mitglieder votierten dafür.

Dies lief der geltenden Sprachenposition des ZLV, der Englisch als einzige Fremdsprache auf der Primarstufe gefordert hatte, diametral entgegen. Als im März 2003 der Bildungsrat des Kantons beschloss, Frühenglisch ab 2. Klasse Primarstufe einzuführen und ein Konzept dafür in die Vernehmlassung schickte, musste der ZLV erneut Farbe bekennen. Deshalb startete die Verbandsführung eine weitere Umfrage, welche die Hintergründe des Neins klären und dabei auch nicht-organisierte Lehr-

personen einbeziehen sollte. Durchgeführt wurde die Studie vom Soziologen Charles Landert, der auch mehrere grosse Erhebungen für den LCH realisiert hat.

Die scheidende ZLV-Präsidentin Charlotte Peter und ihr Nachfolger Urs Keller präsentierten die Resultate an einer Pressekonferenz vom 12. Mai: Grundsätzlich fand das Frühenglisch nun leicht stärkere Unterstützung, nämlich 32%. ZLV-Mitglieder sind der Einführung mit 37% günstiger gesinnt als Nicht-Organisierte (30%). Eine Pro-Mehrheit (67%) findet sich unter Lehrpersonen, die aktuell eine Englisch-Ausbildung durchlaufen. Hauptgründe für die Ablehnung

sind unklare Wirkungen auf Lernschwache und Fremdsprachige, aber auch der Einfluss auf den Deutschunterricht. Eine Mehrheit (55%) kann sich die Einführung vorstellen, wenn für alle Stufen abgestimmte Lehrmittel vorliegen und es genügend qualifizierte Lehrkräfte gibt. Die daraus folgende Haltung des ZLV lautet nicht «Nein», sondern «So nicht». Der Verband fordert einen «Marschhalt» in der Fremdsprachenfrage. Dieser solle genutzt werden, um offene Fragen zu klären und die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen: «Es besteht kein Zeitdruck Frühenglisch in einer Hauruck-Übung einzuführen», betont der ZLV. hw.

Sexualpädagogik «beziehungs- weise»

Erfahrungen in der Sexualpädagogik und Erwachsenenbildung zeigen, dass sich zwar viele motivierte Fachkräfte im Bereich Sexualität engagieren wollen; es fehlen ihnen jedoch oft geeignete aufbereitete Texte und Arbeitshilfen, die direkt am PC bearbeitet werden können. Solche Unterstützung bietet die Fachstelle für Aids- und Sexualfragen St. Gallen (AHSGA) mit ihrer CD-ROM «beziehungs-weise». Sie ermöglicht allen in der Bildungs- und Beratungsarbeit tätigen Fachpersonen, sich fundiert mit den Themen Liebe, Erotik und Sexualität auseinander zu setzen. Mit dieser CD-ROM schliesst die AHSGA an den erfolgreichen dreibändigen Ordner «Sexualerziehung und Aids-Prävention» an. Dieser erschien 1994 und wurde bis ins Jahr 2000 verkauft. Der Ordner fand vor allem auf der Oberstufe (7.-9. Schuljahr) grossen Anklang. Info/Bestellungen: Fachstelle für Aids- und Sexualfragen, Tellstrasse 4, Postfach 8, 9001 St. Gallen, Telefon 071 223 68 08, Fax 071 223 66 07, Internet www.hivnet.ch/ahsga.

PR für die Schule Medienbewusst

Schulen stehen heute immer mehr im Blickfeld von Medien und Öffentlichkeit. Die Medienschule Nordwestschweiz bietet am 14.6. und 28.6. 2003 zusammen mit der Zürcher PR-Fachfrau, Fachdidaktikerin und Bildungspolitikerin Julia Gerber ein zweitägiges Samstagsseminar «Medien- und Öffentlichkeitsarbeit für Schulen und Bildungsinstitutionen» an. Anhand von Fallbeispielen aus der Praxis und dem Erfahrungsfeld der Kursteilnehmenden werden Chancen und Probleme der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Bildung behandelt. Kontakt: Medienschule Nordwestschweiz, Sekretariat, Postfach, 4332 Stein AG, Telefon 062 873 54 74, Fax 062 873 54 73, info@medienkurse.ch



Lehrende wie Lernende benutzen im Unterricht immer selbstverständlicher Computer und Internet.

Foto: zvg.

Langfristig engagiert

Von Lehrpersonen wird zunehmend Kompetenz im Bereich der neuen Kommunikationstechnologien gefordert, Lernende sollen eine moderne Ausbildung bekommen. Hewlett-Packard (Schweiz) GmbH hat ein langfristig angelegtes Education Programm für den Bildungsbereich entwickelt.

«HP macht Schule» ist einer von vier Pfeilern dieser Initiative, die vor allem aber auch Angebote für die Berufsbildung, das Studium und die Weiterbildung enthält. Weil die Bedürfnisse der Kunden im Bildungsmarkt je

nach Schulstufe, Region und Unterrichtsmodell unterschiedlich sind, arbeitet HP eng mit seinen Schul-Fokus-Partnern zusammen. Diese kennen die lokale Situation. Sie beraten vor dem Verkauf und sind mit professionellen und massgeschneiderten Service- und Supportdienstleistungen über Jahre hinweg der Partner in der Nähe der Bildungsinstitution. Aus der ganzen HP-Palette von Servern, PC's, Notebooks und Peripheriegeräten werden für den Unterricht sinnvolle IT-Gesamtlösungen angeboten. Gesamtlösungen umfassen selbstverständlich auch die Software. Um auch hier der jeweiligen Situation angepasst die richtige Lösung bieten zu können, ist HP strategische Partnerschaften eingegangen. So

z.B. mit Master Solutions, Mediaschule, Microsoft, Newtag, Novia und schulsoft.ch. Ausserdem kommen Bildungsinstitutionen im Rahmen des Education Programmes von HP in den Genuss von Spezialkonditionen mit bis zu 32% Rabatt. Die HP Schul-Fokus-Partner erstellen realistische Kostenanalysen und attraktive Offerten für die Beschaffung und für den Support nach dem Kauf. Lehrende und Lernende können ebenfalls von Sonderkonditionen profitieren. Unter edu.hpstore.ch finden sich die aktuellen Angebote und das genaue Prozedere zum Bestellen übers Netz.

Weiter im Netz
edu.hpstore.ch

active-online Bewegend

Rund ein Drittel der Bevölkerung bewegt sich zu wenig und gilt als körperlich inaktiv. Körperliche Bewegung lässt sich aber einfach in den Alltag einbauen: zum Beispiel Treppen steigen statt Rolltreppe benutzen. Unter www.active-online.ch haben die Gesundheitsförderung Schweiz, das Bundesamt für Sport, die Suva, «allez hop!» und Qualitop einen virtuellen Fit-

ness-Coach ins Leben gerufen. Das Programm active-online.ch wurde am Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich entwickelt.

Verkehrshaus Einbäumig

Im Verkehrshaus der Schweiz in Luzern ist seit Ostern ein 3500 Jahre alter Einbaum zu bewundern. Dank seines aussergewöhnlichen Erhaltungszustandes zählt dieses Urschiff aus dem

Bielersee zu den schönsten je in Europa gefundenen Exemplaren. Die Ausstellung wird von einem Videofilm ergänzt, der die Bergung und Konservierung des Einbaums dokumentiert. Weiter im Netz: education@verkehrshaus.ch, www.verkehrshaus.ch.

Die Hinweise in der Rubrik «Bildungsmarkt» beruhen auf Einsendungen sowie auf Informationen von Inserenten in BILDUNG SCHWEIZ.

Solidarität ist nötig

«Der gute Zweck mit Lerneffekt», BILDUNG SCHWEIZ 2/2003

In Ihrer Zeitschrift BILDUNG SCHWEIZ sprechen Sie die Thematik «Hilfe für einen guten Zweck» an. Seit vielen Jahren mache ich mit meiner Klasse Kerzen für «terre des hommes». Dieses Jahr verkauften wir in der Stadt zudem noch gebrauchte Spielsachen. Der Erlös, immerhin 380 US-Dollars, habe ich letzten Monat (anlässlich eines Jubiläumsurlaubs) selber nach Peru gebracht. Das Geld kommt einem Kinderheim (Strassenkinder) zugute. Selbstverständlich habe ich mit meiner Kleinklasse die ganze Thematik der Armut der 3. Welt besprochen und erarbeitet.

Doch, ich finde es notwendig, gerade in der heutigen Wohlstandsgesellschaft das Thema des Mitgefühls, der Solidarität anzusprechen und zu vertiefen. Ich habe das auch mit meinem eigenen Sohn so gehalten. Seit zwei Monaten ist er in Bolivien und macht ein Sozialpraktikum. Con solidaridad!

Denise Stöckli, Basel

Wertvolle Begegnung

«Mit eigenen Augen sehen», BILDUNG SCHWEIZ 4a/2003

Ich danke vielmals für den Bericht von Christoph Zwahlen («Mit eigenen

Augen sehen – und verstehen», BILDUNG SCHWEIZ 4a/2003) über einen Besuch von schweizerischen Lehrkräften in Kosova. Solche Begegnungen sind ausserordentlich wertvoll und sollten vermehrt stattfinden. Etwas relativiert werden müsste die Feststellung, dass «für die Weiterbildung der bisherigen Lehrkräfte (an der Pädagogischen Fakultät der Universität Prishtina) keine Ressourcen zur Verfügung stehen». Ein Beispiel: Der von mir präsierte Schweizerisch-Albanische Kulturverein (Schaffhausen) stellte dem HEKS im Jahre 2001 den Betrag von 11 000 Franken für die Lehrerfortbildung in Kosova zur Verfügung (diese Mittel wurden vom Bund verdoppelt). Vor mir liegt der Projektbeschrieb des HEKS (Nr. 926.009) «Weiterbildung für Lehrkräfte der Volksschule (Gjilan)» vom 12. 01. 2001. Dieser Weiterbildungskurs fand statt, Herr Jonathan Hecke vom HEKS referierte darüber an unserer Jahresversammlung 2002.

Jürg Zimmermann, Schaffhausen

Ihre Meinung

Briefe von Leserinnen und Lesern sind in BILDUNG SCHWEIZ willkommen – am liebsten kurz und prägnant. Wir bitten um Verständnis dafür, dass umfangreiche Texte gekürzt werden müssen.

Neu im LCH-Verlagsprogramm

Handweiser Berufsauftrag

Wieviel Zeit meines Lehrpensums steht mir für Weiterbildung zu? Ist die «sofortige Freistellung» unseres Kollegen zulässig? Welche Summe spare ich dem Arbeitgeber durch meinen privaten Arbeitsplatz zu Hause? Muss ich an allen Teamsitzungen teilnehmen, obwohl ich nur 50% unterrichte? Dürfen Lehrpersonen streiken? Eine neue LCH-Publikation gibt Antwort auf solche und ähnliche Fragen.

In verschiedenen Positionspapieren und Veröffentlichungen in BILDUNG SCHWEIZ wurden die beruflichen Aufgabenfelder des Lehrberufs und die Forderungen der Lehrerschaft an die öffentlichen Arbeitgeber formuliert. Das war nicht nur angesichts der veränderten und ausgeweiteten Aufgaben nötig, sondern auch im Hinblick auf die neuen Anstellungsformen nach Ab-

schaffung des Beamtenstatus. Eine LCH-Arbeitsgruppe unter der Leitung von Zentralpräsident Beat W. Zemp hat nun diese Erhebungen und Stellungnahmen zusammengefasst, ergänzt und für den seit kurzem vorliegenden Handweiser aufbereitet.

Überall dort, wo kantonale oder lokale Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen auszuhandeln sind, dürfte die Broschüre zum unentbehrlichen Werkzeug werden. Und sie müsste alle Lehrerinnen und Lehrer interessieren, die sich und ihre Arbeit nicht politischer und behördlicher Willkür überlassen wollen. LCH-Arbeitsgruppe Arbeitszeit der Lehrpersonen: «Der Berufsauftrag der Lehrerinnen und Lehrer – Ein Handweiser zum Berufsauftrag, zur Arbeitszeit und zum Arbeitsplatz für Lehrpersonen», Zürich, 2003, 50 Seiten A4, Fr. 18.– für Mitglieder, Fr. 36.– für Nichtmitglieder; Bestellungen an LCH-Service, Postfach 189, 8057 Zürich, Tel. 01 315 54 54, E-Mail lchadmin@lch.ch,

Impressum

BILDUNG SCHWEIZ erscheint monatlich BILDUNG SCHWEIZ-Stellenanzeiger erscheint in allen Ausgaben sowie nach Bedarf separat; 148. Jahrgang der Schweizer Lehrerinnen- und Lehrerzeitung (SLZ)

Herausgeber/Verlag

Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH)

• Beat W. Zemp, Zentralpräsident, Erlistrasse 7, 4402 Frenkendorf
E-Mail: bwzemp@datacomm.ch

• Urs Schildknecht, Zentralsekretär
E-Mail: schildknecht@lch.ch

• Anton Strittmatter, Leiter Pädagogische Arbeitsstelle LCH, Jakob-Stämpflistr. 6, 2504 Biel-Bienne
E-Mail: a.strittmatter@mail.tic.ch

Zentralsekretariat/Redaktion:

Ringstrasse 54, Postfach 189, 8057 Zürich
Telefon 01 315 54 54 (Mo bis Do 8.00 bis 9.00 und 13.00 bis 17.00 Uhr, Fr bis 16.00 Uhr)
Fax 01 311 83 15, E-Mail: lchadmin@lch.ch

Redaktion

• Heinz Weber (hw.), Verantwortlicher Redaktor, Doris Fischer (dfm.), Redaktorin
E-Mail: bildungschweiz@lch.ch

• Peter Waeger (wae), Grafik/Layout
E-Mail: lchlayout@lch.ch

Ständige Mitarbeiter

Madlen Blösch (mbl.), Thomas Gerber (ght.), Ute Ruf, Martin Schröter (ms.), Pia Wermelinger (pia), Adrian Zeller (aze.)

Internet

www.lch.ch
www.bildungschweiz.ch
Alle Rechte vorbehalten.

Abonnemente/Adressänderungen

Zentralsekretariat LCH, Postfach 189, 8057 Zürich, Telefon 01 315 54 54, E-Mail: lchaddress@lch.ch
Für Aktivmitglieder des LCH ist das Abonnement von BILDUNG SCHWEIZ im Verbandsbeitrag enthalten.

	Schweiz	Ausland
Jahresabonnement	Fr. 95.50	Fr. 162.–
Studierende	Fr. 67.50	

Einzel Exemplare: Fr. 12.–
jeweils zuz. Porto/Mwst.
(ab 5 Exemplaren halber Preis)

Dienstleistungen

Bestellungen/Administration: Zentralsekretariat LCH
E-Mail: lchaddress@lch.ch
LCH-Dienstleistungen/Reisedienst: Martin Schröter
E-Mail: lchadmin@lch.ch

Inserate/Druck

Inserate: Kretz AG,
Zürichsee Zeitschriftenverlag, 8712 Stäfa
Telefon 01 928 56 09, Fax 01 928 56 00
Anzeigenverkauf: Martin Traber
E-Mail: mtraber@kretzag.ch
Druck: Zürichsee Druckereien AG, 8712 Stäfa

ISSN 1424-6880

Als ich meinen guten Ruf verlor

Ute Ruf

BILDUNG SCHWEIZ demnächst

• Vorwärts zum Kern

Die Fakten, Referate, Diskussionen und Erkenntnisse zur LCH-Fachtagung in Hergiswil «Im Kernauftrag erfolgreich sein».

• Image und Selbstbild

Was hält die Öffentlichkeit von den Lehrerinnen und Lehrern und was halten diese von sich selbst? BILDUNG SCHWEIZ hat sich umgehört – in der Deutschschweiz und in der Romandie.

• Wer stört hier?

Was Lehrerinnen und Lehrer tun können, um ihren Unterricht möglichst störungsfrei zu gestalten.

Die nächste Ausgabe erscheint am 1. Juli. Zusätzlich erscheint am 11. Juni ein BILDUNG SCHWEIZ-Stellenanzeiger.

Um den Hauswart nicht zu belasten, bat ich meinen Freund, mir eine Bank auf den Estrich des Schulhauses zu tragen. Er kam lange nicht mehr runter. So schaute ich nach und ertappte ihn beim Streicheln einer alten Vitrine.

«Schau mal, wie solide das gearbeitet ist.»

«Ich ahne, dass du den Rest des Abends gerne in diesem Ambiente verbringen würdest, aber ich nicht», sagte ich und spuckte Spinnweben aus. Dann fiel mir ein: «Unser Schulhaus wird renoviert. Vielleicht sind die froh, wenn wir entrümpeln. Übrigens: Wo würdest du es hinstellen?» Lukas lebte zu jener Zeit bei den Eltern. Er habe aber in Basel eine Garage gemietet für seinen Katamaran.

So sprach ich mit dem Abwart über die «Antiquität» auf dem Estrich, und er redete von Räumung und Hagenholz. Ich sollte aber das Hochbauamt anfragen. So stellte ich einen Antrag, bekam jedoch keine Antwort. Natürlich hatten die auf dem Hochbauamt Wichtigeres zu tun, als kabutti Chäschtli verchaufe. Und so vergass auch ich das Möbels. Mein einjähriges Gastspiel an dieser kleinen Schule ging sowieso zu Ende.

Aber genau am Examenstag erschien jemand vom Hochbauinspektorat. Ich stieg mit dem Gutachter auf den Estrich. Er musste lachen, als ich ihn zu dem spinnenumwobenen Objekt meiner Begierde führte. «Das ist nun wirklich gar nichts wert. Sagen wir zehn Franken.» Diesen Handel besiegelten wir ordnungsgemäss mit Geld und Quittung.

Meinen Kollegen konnte ich nichts davon erzählen, da der erste nach dem Examen bereits gegangen war und der andere sich mittendrin befand. Der dritten und letzten Kollegin berichtete ich von meinem Kauf. Ob sie mir überhaupt zuhörte? Sie zählte gerade die Unterschriften auf dem Pastorini-Gutschein.

Am Wochenende kam Lukas mit Kombi und wir schleppten die Vitrine nach unten. Samt Schubladen, die klemmten. «Sind da Steine drin?», stöhnte ich. Und: «Wenn ich stopp sage, musst du absetzen.» Meine Schüler kapierten das: Stopp heisst stopp. Meine Liebhaber anscheinend nicht. So erwiderte Lukas auf mein «Stopp», es seien nur noch ein paar Stufen, und schon liess ich das Möbel fallen und das Glas zersprang.

Am andern Tag fuhr das Kästchen an seinen neuen Bestimmungsort, in die Garage nach Basel, und irgendwann bekam ich einen Anruf vom damaligen Kreiskonventspräsidenten: «Gänd Sie das Chäschtli zrug! Und zwar schnäll!» Ich argumentierte juristisch: «Es gehört mir nicht mehr.» So gern hätte ich ihn von meiner Redlichkeit überzeugt, aber da war nichts zu machen. Die Tatsachen würden überdeutlich zeigen, dass ich alle Kollegen aufs Übelste, eiskalt berechnend, hintergangen hätte, indem ich die Übergabe raffiniert auf den letzten Schultag geschoben hätte. «Gänd Sie's zrug, susch gits Konsequänze!» Auch ein Brief gelangte zu mir mit der Forderung nach Rückgabe des Schränkchens samt – schluck – Gesteinssammlung. Lukas lockerte die Schubladen. Er förderte tatsächlich ein paar im Bröckeln begriffene Steine zutage und brachte dieses Gut in einem kleinen Sack dem Abwart. Und das Kästchen, ja, wo ist es geblieben? Schätze mal, es steht noch immer neben dem Katamaran.